Donnerstag, 29. Dezember 1921. **Einzelnummer 15 Mark.** 60. Jahrgang. Nr. 254.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis für Monat Dezember M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 40.— M
Reklameteil 120.— M
Für Aufträge aus Deutschland . 3,50 M.
im Reklameteil 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Wer hat die Danina zu zahlen?

Die einmalige Vermögensabgabe ist vom Sejm in dritter Lesung angenommen worden und bedarf gegenwärtig nur noch der Unterschrift des Staatspräsidenten, um Gesetz zu werden. 5/8 der Leistungen werden auf die Landbevölkerung als auf den bis jetzt mit Steuern weniger belasteten Teil der Bevölkerung entfallen, /8 auf die Stadtbevölkerung. Von der Bedeutung der Vermögensabgabe für die Landwirtschaft war an dieser Stelle schon wiederholt die Rede, zuletzt in der Ausgabe des „Pos. Tagebl." vom 25. Dezember (Nr. 252). Heute ist die Frage zu beantworten: welche Bedeutung hat diese Abgabe für die verschiedenen Teile der Stadtbevölkerung? Wer hat zu zahlen und wieviel?

Was die **Industrie und den Handel** betrifft, so gelten hier folgende Bestimmungen.

Aktiengesellschaften und zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichtete Bankunternehmungen, die vor dem 1. Januar 1920 entstanden sind, haben die Abgabe in der Höhe von 15 Prozent des Grund- und Reservekapitals nach dem Stande am Tage der Veröffentlichung des Gesetzes zu zahlen. Alle andern Gesellschaften in Höhe von 10 Prozent. Wenn die genannten Gesellschaften Immobilien, Maschinen, Produktionsgeräte oder Patente besitzen, die vor dem Jahre 1920 erworben wurden, dann muß der Erwerbswert dieser Gegenstände zum Zweck der Feststellung der Höhe der Abgabe umvalutiert werden, und zwar vermittels folgender Multiplikatoren: a) wenn die Gegenstände vor dem 1. Januar 1916 erworben wurden, wird bei der Umvalutierung mit 20 multipliziert. b) wenn die Erwerbung zwischen dem 1. Januar 1916 und dem 31. Dezember 1918 geschah, gilt der Multiplikator 10. c) wenn die Erwerbung im Jahre 1919 geschah, Multiplikator 5. Besondere Bestimmungen gelten für physische und juristische Personen, die Naphthaunternehmungen leiten.

Handelsunternehmungen, die nicht zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind, haben die Abgabe in einer Höhe zu zahlen, die sich für das ehemals russische Gebiet aus einer Multiplikation des Grundpreises des Gewerbe- oder Handelspatentes für das Jahr 1920 mit 85 bzw. 60 bzw. 20 bzw. 15 bzw. 5 für Handelsunternehmungen, mit 60 bzw. 45 bzw. 35 für Industrieunternehmungen, mit 35 für Schiffahrtsunternehmungen und ebenfalls 35 für persönliche gewerbliche Beschäftigung ergibt.

Für Bankgeschäfte, Wechselstuben, Darlehnskassen und Lombardinstitute beträgt der Multiplikator in der ersten Kategorie 150, in der zweiten 100.

Im ehemals österreichischen Teilgebiet haben Handels- und Industrieunternehmungen, die nicht zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind, die Abgabe in einer Höhe zu zahlen, die sich aus der Multiplikation der für das Jahr 1920 berechneten Erwerbssteuern mit 40 ergibt.

Für das ehemals preußische Teilgebiet sieht das Gesetz folgende Multiplikatoren vor: Für die 1. Steuerklasse 1500, für die zweite 1000, die dritte 750, die vierte 500 (Handelsunternehmungen). Für Industrieunternehmungen: 1000 bzw. 750 bzw. 500 bzw. 400. Für Handelsunternehmungen, die der Schanksteuer unterliegen: 5000 bzw. 3000 bzw. 2000 bzw. 1000.

Für Raffinerien, und zwar sowohl Aktiengesellschaften als auch zur öffentlichen Rechnungslegung nicht verpflichtete wird nach Berechnung auf Grund der für die einzelnen Teilgebiete angegebenen Bestimmungen ein Zuschlag von 50 v. H. berechnet.

Der städtische Grundbesitz

hat im ehemals russischen und im ehemals preußischen Teilgebiet das Hundertfache der Grundbesitz- bzw Gebäudesteuern für das Jahr 1920 zu zahlen, in kleinen Städten und Flecken des ehemals russischen Teilgebiets, wo noch die sogenannte Rauchfangsteuer (Podymne) gilt, ist der Multiplikator 60.

Die freien Berufe,

z. B. Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Heilgehilfen (Feldscher), Rechtsanwälte, Volksanwälte, Notare, Herausgeber von Zeitungen und Zeitschriften, Künstler, Architekten, Ingenieure Techniker, Chemiker, Agenten (wenn sie keine Gewerbesteuer zahlen), haben den fünften Teil des bei der Steuereinschätzung für das Jahr 1921 berechneten Einkommens für 1920 zu zahlen.

Kaufmännische Angestellte

und ihnen gleichgestellte Angestellte anderer Berufe haben die Abgabe nur in ihrer Eigenschaft als Mieter zu zahlen.

Mieter

von Wohnungen oder zu Handels- oder Industriezwecken gebrauchten Räumen in städtischen Grundstücken haben das Doppelte des Mietszinses für das Jahr 1921 zu zahlen. Mieter von Zweizimmerwohnungen genießen bei Zahlung der Abgabe eine Ermäßigung um 50 v. H., Mieter eines Zimmers eine Ermäßigung um 75 v. H.

Wagenbesitzer,

d. h. Personen, die in der Zeit zwischen dem 1. Oktober und dem 31. Dezember 1921 Personenkraftwagen, Equipagen, Droschken oder Kraftomnibusse besaßen, die nicht der Industrie- und der Gewerbesteuer unterlagen, haben die Abgabe in folgender Weise zu leisten: a) Besitzer eines Personenkraftwagens von mindestens 15 Pferdestärken eine Million Mark, Besitzer von Personenkraftwagen geringerer Stärke 750 000 Mark, b) Besitzer eines zweispännigen Wagens 200 000 Mark, Besitzer eines einspännigen Wagens 100 000 Mark c) Besitzer einer zweispännigen Droschke in Warschau und Lodz 20 000 Mark, Besitzer einer Einspännerdroschke in denselben Städten 10 000 Mark. In anderen Städten um die Hälfte weniger, d) Besitzer eines Autoomnibusses 100 000 Mark, Besitzer einer Kraftdroschke 40 000 Mark.

Die Abgabe muß in zwei Raten gezahlt werden, und zwar die erste Rate vor Ablauf von 4 Wochen, gerechnet vom 8. Tage der Auslegung der Abgabenverteilungsliste zur öffentlichen Einsicht. Die zweite Rate muß im Laufe von sechs Wochen nach Ablauf der Frist für die erste Rate gezahlt werden.

Das ist das Bild, das sich bis jetzt ergibt. Einige nähere Einzelheiten oder etwa notwendig werdende Berichtigungen werden nach Veröffentlichung des Gesetzes an dieser Stelle mitgeteilt werden.

Die Wahlen in Wilna.

Wahlergebnisse.

Wilna, 27. Dezember. Das Generalwahlsekretariat veröffentlicht folgende Mitteilung: Wegen der Zusendung von schriftlichen Meldungen durch Wähler, die außerhalb des Generalwahlkommissariats wohnen, und die die Absicht haben, brieflich das Wahlrecht auszuüben, gibt das Generalkommissariat zur öffentlichen Kenntnis und besonders zur Kenntnis von Personen, die das aktive Wahlrecht besitzen und außerhalb des Wahlgebiets wohnen, daß auf Grund des Artikels 5 der Wahlordnung die Abstimmung persönlich vollzogen werden muß, und daß eine Übersendung der Stimme durch die Post oder auf andere Weise oder die Stimmübergabe an eine andere Person unzulässig ist. Alle Personen, deren Namen in den Wahllisten stehen, müssen deshalb am 8. Januar persönlich in dem betreffenden Wahlkommissariat erscheinen.

(gez.) Generalwahlkommissar Zabrezowski.

Wahlpolizei.

Wilna, 27. Dezember. Das Generalkommissariat hat ein Statut der bürgerlichen Wahlpolizei ausgearbeitet, deren Aufgabe die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Sicherung der Lokale usw. am Tage der Abstimmung sein wird Die Organisation trägt den Namen: „Wahlpolizei des Wilnaer Gebiets". Die Tätigkeit der Polizei erstreckt sich auf das ganze Wahlgebiet. Der Sitz der Oberleitung befindet sich in Wilna. Mitglied der Wahlpolizei kann jeder Wähler werden, wenn er die vollen bürgerlichen Ehrenrechte besitzt. Die Mitglieder üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Rückerstattung polnischen Eigentums durch Rußland.

Warschau, 27. Dezember. Der hier vor kurzem eingetroffene Präsident der Rückwandererkommission und der besonderen Kommission Minister Olszewski erteilte dem Vertreter der Ostagentur folgende Informationen: Die Arbeiten der besonderen Kommission fingen im Dezember an, sich etwas günstiger zu gestalten. An ihrem Bestimmungsort befinden sich schon Teile der Einrichtung des königlichen Schlosses und der Bäder. Weiter brachten wir nach Warschau 15 Siegmundgobelins zurück. Dies stellt einen kleinen Teil jener Werte dar, die uns auf Grund des Vertrages zustehen und wonach 156 Gobelins, die im Jahre 1794 fortgeführt wurden, zurückzugeben sind. In diesen Tagen soll der Rücktransport der anderen Gobelins erfolgen. Die bolschewistischen Behörden dagegen zögern mit der Herausgabe der Sammlungen, die aus der Krosnowski-Spende stammen. Die Hindernisse sind formaler Natur. Die Sowjetbehörden verpflichteten sich jedoch, in den nächsten Tagen die Arbeit an dem Abbau des Denkmals des Prinzen Josef, das sich in Homel befindet, zu beginnen. Im allgemeinen muß bemerkt werden, daß die Arbeitsbedingungen in Moskau sehr erschwert sind. Als Beispiel kann man die Rückgabe der Archive aus verschiedenen Gebieten des Staatslebens anführen. Mit allem Nachdruck muß ich die unermüdliche und opfervolle Arbeit des gesamten Personals der besonderen Kommission und der Rückwandererkommission betonen.

Bedeutend schlimmer steht es um die Arbeiten der Rückwandererkommission. Um mit den Sowjetbehörden Hand in Hand zu arbeiten, und um den Gang des Wirtschaftslebens in Rußland nicht zu schwächen, setzte ich auf den Plan zuerst die Rückgabe der gegenwärtig stilliegenden Fabriken. Bis jetzt ist noch nicht eine dieser Fabriken zurückerstattet. Eine weitere Ursache dieser Verzögerung ist die ständige Personenänderung auf allen Posten in der russischen Delegation. Vor meiner Abreise aus Moskau pflog ich Beratungen mit dem gegenwärtigen Präsidenten der russischen Delegation Peter Wojkow, dem ich weder guten Willen noch Sachkenntnis absprechen kann. Aus der Unterredung mit ihm hatte ich den Eindruck, daß die bisherigen zahlreichen Mängel in den Arbeiten der russischen Delegation in nächster Zeit beseitigt werden sollen. Ich erhielt das Versprechen, daß nach Neujahr die Arbeiten beider Kommissionen ihren normalen Verlauf nehmen werden. Eine gleiche Versicherung erhielt ich in der Konferenz mit Daftin, einem Mitglied des Kollegiums des auswärtigen Kommissariats. Ich hatte weiter den Eindruck, daß die politischen Faktoren in Sowjetrußland aufgehört haben, Polen in wirtschaftlicher Hinsicht, besonders nach der Entscheidung der oberschlesischen Frage, gering einzuschätzen. In Wirklichkeit wird es ohne polnische Kohlen und ohne polnisches Eisen schwierig sein, die Industrie Westrußlands zu beleben. Eine ganze Reihe von Produkten, hauptsächlich Textil- und Metallwaren, und auch Zucker, das Polen in bedeutenden Mengen liefern kann, ist in Rußland sehr notwendig und gesucht. Für Polen wäre der Abschluß eines Handelsvertrages dieser Art ebenfalls von großem Vorteil. Unter dem Gesichtspunkt der Besprechungen und der Versicherungen der Sowjets über eine schnelle Verwirklichung der Bedingung des Vertrages, besonders über die Rückgabe der Fabriken, messe ich der Angelegenheit große Bedeutung bei.

Briand über die Londoner Besprechungen.

Paris, 26. Dezember. Briand sagte auf eine Anfrage des Deputierten Klotz über die Ergebnisse der Londoner Beratungen das Folgende: Die beste Art der Verständigung zwischen der französischen und englischen Regierung war der unmittelbare Meinungsaustausch beider Ministerpräsidenten, was auch in einer Atmosphäre aufrichtiger Herzlichkeit geschehen ist. Briand bemerkte, daß an der Entschädigungsfrage nicht nur England und Frankreich, sondern auch alle andern Verbündeten interessiert seien. In den Londoner Beratungen hätten sich beide Ministerpräsidenten bemüht, ihre Ansichten so in Uebereinstimmung zu bringen, daß es möglich wäre, in der künftigen Konferenz in Cannes ein möglichst einheitliches Programm vorzulegen.

Briand widerspricht dem Gerücht, nach dem während der Londoner Beratungen die Frage der Verzichtleistung auf irgendwelche Garantien, die Frankreich auf Grund des Versailler Vertrages zustehen, berührt worden sei. Diese Frage sei überhaupt nicht angeschnitten worden. Der Ministerpräsident huldigte Lloyd George, der als erster die besondere Lage Frankreichs hervorhob, und der während der letzten Beratungen sich nicht ein einziges Mal Illusionen über die Möglichkeit irgendwelcher Zugeständnisse durch Frankreich in der nächsten Konferenz hingab.

In dieser Atmosphäre, so sagte Briand weiter, hat man sich mit der Auffindung von Mitteln beschäftigt, die angewendet werden müssen, um Deutschland zu den Zahlungen zu zwingen. **Frankreich kann nichts von seinen Entschädigungsansprüchen preisgeben.** Wenn aber in Hinsicht auf die Drohung mit dem Bankerott Deutschlands die vorgesehenen Garantien sich als ungenügend erweisen, dann müssen andere Garantiemittel gesucht werden. In keinem Falle kann die Rede von einem Umstürzen des Versailler Vertrags sein, wie sich dies verschiedene deutsche Staatsmänner ausmalen. Alle Befürchtungen aber, daß Frankreich auf die ihm zustehenden Garantien verzichten würde, sind unbegründet und halten keiner Kritik stand.

Briand bespricht weiter die allgemeine Bedeutung der interalliierten Konferenzen, die nach Ansicht des Redners bedeutend zur Annäherung der Völker beitragen und oftmals blutigen Konflikten vorbeugen. In dieser Hinsicht, so bemerkt der französische Ministerpräsident, ist die Washingtoner Konferenz, die die vier Großmächte zur Sicherung des Friedens im Stillen Ozean zusammenschloß, eine wichtige Tatsache und eine große Friedensgarantie. Eine Konferenz von der Art, wie sie in Cannes stattfinden wird, ist notwendig. In dieser Konferenz wird eine ganze Reihe von Fragen besprochen werden, die unmittelbar die Alliierten Staaten betreffen.

Der Ministerpräsident lenkt darauf die Aufmerksamkeit auf die wirtschaftliche Krise, die sich gegenwärtig in einem bedeutenden Teil Europas fühlbar macht. Während der Londoner Beratungen wurde die Bearbeitung eines Aktionsplanes berührt, der das wirtschaftliche Gleichgewicht in Europa wiederherstellen soll. Dieser Plan wird gemeinsam mit Beteiligung sowohl Belgiens und Italiens als auch der Vereinigten Staaten bearbeitet werden. Die Interessen unserer Steuerzahler, so endet Briand, müssen geachtet werden. Wenn es unmöglich wäre, die Steuerlasten zu verringern, so müßten wir wenigstens uns bemühen, einer Steuererhöhung vorzubeugen. Dies ist unser Tätigkeitsprogramm in Cannes.

Ein Schweizer Urteil über London.

Basel, 27. Dezember. Zu dem Ergebnis der Londoner Besprechungen schreiben die „Baseler Nachrichten": Europas Not wird durch dieses Ergebnis natürlich nicht im allergeringsten abgeholfen. Für die Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben die beiden Staatsmänner in den vier Verhandlungstagen nichts erreicht, vielleicht sogar weniger als nichts. Vielleicht haben sie die Lage verschlimmert.

Italiens Vertreter in Cannes.

Rom, 27. Dezember. In der Konferenz in Cannes wird der Ministerpräsident Bonomi Italien vertreten. Diesmal wird Italien mit einem eigenen Plane hervortreten. Frankreich und England haben schon vorher ihre Interessen durch einen besonderen Vertrag gesichert. Bonomi wird am 4. Januar nach Cannes abfahren.

Paris, 27. Dezember. Briand wird am 5. Januar nach Cannes abfahren. Die Konferenz wird am 6. beginnen und 14 Tage dauern.

Briands Weihnachtsgrüße an Amerika.

Neuyork, 27. Dezember. Durch Vermittelung der Assoziated Preß hat Briand dem amerikanischen Volk seine Weihnachtswünsche übersandt. In diesen Wünschen sprach der französische Ministerpräsident seinen heißen Wunsch aus, das herrliche Friedensideal Amerikas zu verwirklichen. Frankreich, so schreibt Briand, das so viel während des letzten Krieges durchlitten habe, arbeite unermüdlich am Werke des Friedens und hege die Hoffnung, daß das amerikanische Volk die Wahrheit verstehen wird, daß die grundsätzliche Bedingung des Weltfriedens die Sicherung Frankreichs sei.

Beratungen des deutschen Reichskabinetts.

Berlin, 27. Dezember. Während der Feiertage pflogen die kompetenten Ressorts des Reichskabinetts Beratungen über die Fragen des Wiedergutmachungsausschusses. Am Montag berichtete Rathenau über die Ergebnisse seiner Londoner Reise. Die „Vossische Zeitung" erhielt Informationen, daß die Reichsregierung nicht beabsichtige, auf die Fragen des Wiedergutmachungsausschusses eine schriftliche Antwort zu geben, sondern beschlossen habe, die Verhandlungen weiter zu führen, um eine Verständigung auf dem Wege der Vermittlung zu erzielen.

Das Memelland.

Die politische Entwicklung hat im Memelland Veränderungen hervorgerufen. Einerseits in der Erkenntnis, daß ein Zurück zu Deutschland nicht möglich ist, andererseits, gefördert durch Memeler Handelskreise, ist der Freistaatgedanke propagiert worden. Die Gegnerschaft des deutschgesinnten oder den Freistaat erstrebenden Memelländers wurde bisher in Groß-Litauen gesucht. Die politischen Bestrebungen in Memel selbst gingen gegen eine Angliederung des Memellandes mit seiner hohen Kultur und seiner regen Wirtschaftsentwicklung an das kulturell und wirtschaftlich weniger entwickelte Litauen.

Die Ernennung des ehemaligen polnischen Gesandten in Wien Szarota zum polnischen Gesandten in Memel zeigt eine andere Entwicklung an. In Warschauer politischen Kreisen wird der Memellandfrage große Bedeutung zugeschrieben. Allem Anschein nach versucht man aus Memel ein Gibraltar des Ostens zu machen. Szarotas Entsendung nach Memel scheint auch die Vermutung zu rechtfertigen, daß Memel zu einer französisch-polnischen Handelskontrollstation werden soll.

Memels Bedeutung als Hafenstadt, besonders aber auch als Durchgangspunkt nach dem Osten, soll und darf nicht unterschätzt werden. Früher war England an der Entwicklung des Memeler Handels und an Memel als Hafenstadt und Verbindungspunkt mit Litauen, Polen und Weißrußland durchaus nicht uninteressiert. Man wird abwarten müssen, ob England die Dinge ihren Gang gehen läßt oder ob der englische Industrielle und Exporteur noch rechtzeitig merken wird, daß ihm hier ein Transitpunkt verschlossen werden kann, den offen zu halten sein Eigeninteresse gebieten sollte. Gerade unter dem Gesichtswinkel der zukünftigen Entwicklung ist diese Frage wirtschaftspolitisch nicht uninteressant, besonders wenn man die Pläne, eine Wasserstraßenverbindung von Memel, den Memelfluß aufwärts, quer durch Polen und die Ukraine nach dem Schwarzen Meer, herzustellen, berücksichtigt.

Die Memelländer hoffen noch auf Verwirklichung ihres Freistaatsgedankens. Unter den jetzt zutage getretenen Verhältnissen werden sie gut daran tun, sich von ihm nicht allzuviel zu versprechen. Denn so viel Günstiges sie auch von ihm erwarten mögen, es wäre doch verfehlt, außer acht zu lassen, was bei einer Verwirklichung des Freistaatgedankens ein französisches Protektorat bedeutet. Durch die Entwicklung der letzten Tage ist die Memelfrage nicht nur das Problem eines kleinen Landes und seiner Bevölkerung geworden, sondern ein Weltwirtschaftsproblem von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Und wer es heute nicht beachtet, wird einst das Nachsehen haben.

Das Memeler Dampfboot über die wirtschaftliche Lage Polens.

Memel, 27. Dezember. Das „Memeler Dampfboot" prüft in seiner Korrespondenz aus Polen die wirtschaftliche Lage des neuen Polens und stellt fest, daß der Schein der Entwickelung irreführend ist. Sowohl der Handel wie auch die Industrie tragen schwere Verluste wegen der gehemmten Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland. Außer sehr ernsten Industrieunternehmen bestehen eine Reihe anderer, die sich nur mit Spekulation befassen, und die ein Hindernis für eine solide Entwickelung der Industrie und des Handels sind. Dasselbe gilt von den polnischen Banken. Eine gute Entwickelung zeigt nur die Landwirtschaft und zwar besonders das mittlere Landeigentum. Die Behauptung, daß die Abgabe Michalskis, die dem kleinen und mittleren Eigentum auferlegt wurde, zu hoch sei, und die Entwicklung der Landwirtschaft bedrohe, ist unrichtig. Dagegen ist nach der Ansicht des Korrespondenten der „Memler Zeitung" das Großeigentum tatsächlich durch die Agrarreform bedroht. Wenn die Agrarreform in Polen, so schreibt die Zeitung, tatsächlich zustande kommt, so ist zu erwarten, daß das polnische Großeigentum in seinem Kampf um die Existenz den Rahmen der sozialen Kämpfe sprengen und die Verteidigung seiner Interessen auf das Gebiet des politischen Kampfes übertragen wird.

Nollets Vernichtungswut.

Im Münchener Zollamt wurden in den letzten Tagen 9000 Pirschbüchsen von der Ententekommission beschlagnahmt. Die Gewehre stammen von einer Waffenrücksendung aus Holland. Die „Deutsche waffentechnische Gesellschaft" hatte nämlich die Gewehre in Holland an eine fremde Macht verkaufen wollen. Der Verkauf kam aber nicht zustande, weil den Gewehren jede Bedingung für eine Militärwaffe fehlte. Die Entwaffnungskommission hat die Wiedereinführung der Gewehre nach Deutschland ausdrücklich gestattet. Nun sollen die Gewehre auf Anweisung von Berlin, vermutlich von General Nollet, der Reichstreuhandgesellschaft zur Vernichtung übergeben werden.

Für die 9000 Büchsen ergibt sich, wenn man für jede Büchse nur den Wert von 800 M. annimmt, ein Gesamtwert von über sieben Millionen Mark. In der Angelegenheit ist inzwischen eine Wendung dadurch eingetreten, daß ein Amerikaner die Büchsen gekauft hat und nun die Herausgabe seines Eigentums verlangt.

Um die Unterseeboote.

Washington, 27. Dezember. Die Delegation der Vereinigten Staaten legte einen Antrag vor, der eine Verringerung des Fassungsraums der Unterseeboote der Vereinigten Staaten und Englands auf 60 000 Tonnen, Frankreichs und Japans auf 31 000 Tonnen Italiens auf 22 000 Tonnen vorsieht. Frankreichs Vertreter Sarraut widersprach dem Antrag, auch Italien und Japan verhielten sich ihm ablehnend gegenüber.

Washington, 27. Dezember. England nahm den Antrag der Vereinigten Staaten auf Verringerung des Fassungsraums seiner Unterseeboote auf 60 000 Tonnen an. Frankreich hält 90 000 Tonnen für das Mindestmaß dessen, was es an Fassungsraum seiner Unterseeboote braucht, und weigert sich, unter diese Zahl hinabzugehen. Japan verlangt für sich 24 000 Tonnen. Italien steht auf dem Standpunkt, daß der Fassungsraum seiner Unterseeboote nicht niedriger sein darf als der gegenwärtige Fassungsraum der französischen Unterseeboote.

Die Frage des Atlantischen Ozeans.

Paris, 27. Dezember. Ähnlich wie zum Vertrage der vier Mächte über den Stillen Ozean legte Briand einen Entwurf zur Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Atlantischen Ozean durch die europäischen Mächte vor. Die Mächte würden im Falle eines Angriffs auf irgendeinen der Staaten gegenseitige Sicherheit garantieren. Dieser Entwurf wäre nach der Ansicht Briands die beste Lösung der Streitfrage über die Unterseeboote und Frankreich würde in diesem Falle zu Zugeständnissen in bezug auf die geforderten 90 000 Tonnen unter der Bedingung bereit sein, daß dieser Vertrag zugleich auf das Baltische Meer angewendet wird.

Foch will die Rheingrenze.

Der Sonderberichterstatter des „Matin", der die Überfahrt von Amerika nach Europa mit Marschall Foch und Viviani gemacht hat, berichtet von einer Unterredung mit den beiden, in der Marschall Foch Viviani gefragt habe:

„Was werden wir tun? Wir haben ein schlechtes Friedensinstrument in der Hand. Es ist schlecht, weil es Frankreich nicht seine Sicherheit und seine Zahlungen garantiert. Die Sicherheitsgarantie war der Rhein. Da war unsere wirkliche Grenze, eine Grenze, die wir mit nichts halten konnten. Ich habe berechnet: eine Division in Köln, eine in Mainz, eine in Koblenz, drei andere Divisionen hinter ihnen. Das macht sechs Divisionen. Hiermit hätte ich mich anheischig gemacht, den ganzen Rhein zu halten und zu verteidigen. Dann hätten wir abrüsten können. Ich habe es gesagt, ich habe es wiederholt, ich bin nicht gehört worden. Ich habe noch mehr getan, ich habe es jedem der Minister Clemenceaus geschrieben. Barthou hat mir eines Tages gesagt: Sie sind ein aufwieglerischer General. Ich habe gelacht, aber die Minister werden am Tage, an dem sie vor dem Staatsgerichtshof stehen, nicht lachen."

Man sieht auch aus diesen Erklärungen, daß es sich bei Frankreich nicht um die Erfüllung des Friedensvertrages handelt, sondern daß man in Paris darüber weit hinausreichende Pläne hat: das gesamte linke Rheinufer mit dem Ruhrgebiet als Ausfallsbastion und einem neutralen Pufferstaat, der rechtsrheinisch von Dortmund bis hinunter an den Bodensee reicht.

Poincaré für Zwangsarbeit Deutschlands.

Im „Matin" spricht Poincaré, der frühere Präsident Frankreichs, von einem „betrügerischen Bankerott Deutschlands". Der sei aber nach dem französischen Staatsgesetz mit zeitlicher Zwangsarbeit belegt. „Werde man nun Deutschland als Schuldner mit größerem Wohlwollen behandeln als die eigenen französischen Volksgenossen?"

Die deutsch-lettischen Verhandlungen.

Die deutsch-lettischen Verhandlungen werden am 6. Januar wieder aufgenommen. Eine lettländische Kommission wird zur Besprechung der rein wirtschaftlichen Fragen, insbesondere zu den Schlußverhandlungen über ein Handelsabkommen in Berlin erwartet. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß diese Kommission unter der Führung einer bekannten Beamtenpersönlichkeit stehen wird. Von deutscher Seite wird eine Kommission zur Behandlung der Schadenersatzfrage nach Riga geschickt.

Das neue serbische Kabinett.

Belgrad, 27. Dezember. Hier wurde das neue Kabinett gebildet. Pasitsch wurde zum Ministerpräsidenten und zum Außenminister ernannt. Innenminister wurde Marinkowicz, Finanzminister Kumanudi, Kriegsminister General Rzeczewicz. Das neue Kabinett leistete den Eid auf die Verfassung. Da die demokratische Partei die Wahl des Generals Rzeczewicz zum Kriegsminister in Frage stellte, so erklärte dieser seinen Rücktritt. Die Führung des Kriegsministeriums wird vorläufig der Ministerpräsident übernehmen.

Die Botschafterkonferenz zur Volksabstimmung in Oedenburg.

Paris, 27. Dezember. Die Botschafterkonferenz hat von dem Ergebnis der Volksabstimmung in Odenburg Kenntnis genommen. Sie hat eine Unterkommission mit der Ausarbeitung der Instruktionen betraut, die den alliierten Generalen übersandt werden sollen, um die Ergebnisse der Volksbefragung in Erwägung zu ziehen.

Versöhnungspolitik in Ungarn.

Budapest, 27. Dezember. Die ungarische Presse und öffentliche Meinung begrüßen mit Anerkennung die durch den Ministerpräsidenten Bethlen angeregte Versöhnungspolitik, deren erster Schritt der Abschluß eines Kompromisses mit den Sozialisten und die Veröffentlichung einer Amnestie war. „Pester Lloyd" schreibt hierüber: Der Ministerpräsident hatte einen glücklichen Gedanken, als er die Vertreter der Arbeiterklasse aufforderte, an der Entscheidung von zeitgemäßen Fragen teilzunehmen. Dieser neue Friedensvertrag mit der Arbeiterklasse wird unzweifelhaft günstige Ergebnisse bringen. Die Arbeiter werden mit verdoppelter Energie die Arbeit am Wiederaufbau des Staates beginnen.

Eine andere Zeitung schreibt unter anderem: Dieser Vertrag wird unzweifelhaft eine Hebung der nationalen Produktion herbeiführen und zur Schaffung der sozialen Harmonie beitragen. Die Zeitung spricht die Hoffnung aus, daß die Arbeiter ihren internationalen Einfluß benutzen werden, um eine bessere Meinung bei gewissen ausländischen Faktoren für Ungarn zu erzielen.

Zur Hebung der österreichischen Valuta.

Wien, 27. Dezember. Um den Kurs der österreichischen Krone zu heben, beabsichtigt das Finanzministerium wertvolle Gobelins, die Eigentum der Regierung sind, zu versteigern. Frankreich und England haben sich schon mit dieser Transaktion einverstanden erklärt und gaben dem österreichischen Finanzministerium die Versicherung, daß Amerika nicht von seinem Pfandrecht auf Kunstwerke Gebrauch machen wolle, um auf diese Weise der österreichischen Regierung die Verbesserung der Valuta zu erleichtern.

Sowjetrußland.

Der neue Kurs der Sowjetpolitik.

Warschau, 28 Dezember. Lunaczarski, der Sowjetkommissar für öffentliche Aufklärung, hat erklärt, daß die Sowjets gern mit der Intelligenz zusammenarbeiten wollen, um den Wiederaufbau Rußlands zu fördern. Wahrscheinlich wird der zentrale Vollzugsausschuß der Intelligenz sogar erlauben, eine besondere Zeitschrift herauszugeben. Diese darf aber nicht das Sowjetsystem bekämpfen. Was die Bourgoisie anbetrifft, die den Sowjets feindlich gesinnt ist, so bemerkt Lunaczarski, daß diese weder für Rußland noch für das Ausland notwendig sei. Jene aber von den Emigranten, die noch Kapitalien besitzen, können den neuen Kurs der Sowjetpolitik versuchen.

Aus anderer Quelle wird berichtet, daß die Sowjetbanken aufs neue organisiert werden sollen. Vorläufig soll den Geldverkehr die Finanzabteilung des Zentralkomitees erledigen, bis eine entsprechende Anzahl von Banken in den Provinzen entsteht. In der letzten Zeit fand die 9. Tagung der Sowjets statt, an der außer den Vertretern der Sowjetstaaten Rußlands die Delegierten der kommunistischen Parteien Japans, Amerikas und Deutschlands teilgenommen haben. Lenin, der mit großer Begeisterung begrüßt wurde, erstattete Bericht. Darauf wurde einmütig die Entschließung gefaßt, welche die Tätigkeit der bisherigen Politik der Sowjetregierung, die innere wie auch die äußere Politik, gutheißt. Auf dem Kongreß waren auch Vertreter fremder Staaten, unter anderen der polnische Botschafter Stefański, anwesend.

Die Monarchisten.

Warschau 28. Dezember. In Belgrad fand ein Festessen der russischen Monarchisten statt, auf dem der ehemalige Duma-Abgeordnete Markow in seiner Ansprache die Kandidatur Cyrils Włodzimierz zum künftigen Zaren vorschlug.

Verträge mit einer amerikanischen Finanzgruppe.

Nach einer Meldung der „Newyork World" hat eine amerikanische Finanzgruppe, die sehr bedeutende Interessen vertritt, mit der Sowjetregierung Verträge hinsichtlich der Ausbeutung der Bodenschätze in Rußland und wegen der Einfuhr von Lebensmitteln nach Rußland abgeschlossen. Die von der Sowjetregierung dieser amerikanischen Gruppe zugebilligten Konzessionen laufen

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(20. Fortsetzung.)

Der Zahlmeister Fercher vollends machte den Eindruck eines Menschen, den nur böswilliges Gerede in einen solchen Verdacht hatte bringen können. Bei ihm fehlte sogar ein Motiv zur Tat, und es war bisher nicht möglich gewesen, auch nur herauszubringen, wer seinen Namen mit dem Justina Brintners in Verbindung gebracht hatte.

Bis zum Tage des Mordes hatte kein Mensch von einem Liebesverhältnis der beiden etwas gemerkt oder gemunkelt. Beide waren nur verhaftet worden auf die Angaben des jungen Brintner. Der aber —

Die Miene Doktor Blombergs wurde immer nachdenklicher. Gestern hatte ihm der Zellenaufseher gemeldet, daß Andres Brintner fortwährend wirres Zeug rede und behaupte, die Zelle sei voll schwarzer, kleiner Männchen, vor denen er sich nicht retten könne.

Der Gefängnisarzt sprach von Psychose, Säuferwahnsinn und den möglichen Wirkungen der plötzlichen Alkoholentziehung. Aber er gab zu, daß es sich auch um Simulation handeln könne.

Vielleicht reuten ihn seine Beschuldigungen, und der Ausruf seiner Frau bei der Konfrontation: „Er ist ja närrisch geworden," hatte wie ein Stichwort gewirkt, ein Fingerzeig, in welcher Weise er seine Geständnisse abschwächen könne.

In dieser Lage schien es dem Untersuchungsrichter vor allem wichtig, das Gerücht über die angeblichen Heiratsabsichten des Ermordeten sicher zu stellen.

Erwies es sich als wahr, dann wuchs mit der Feststellung dieser Tatsache, die als starkes Motiv zur Tat gelten mußte, die Wahrscheinlichkeit der Täterschaft für das Brintnersche Ehepaar.

Aus diesem Grunde hatte er heute bereits eine Reihe von Zeugen vernommen. Ihre Aussagen lauteten sehr verschieden. Die Kellnerin Rosa Werndl aus der „Sonne" blieb sehr bestimmt bei ihrer ersten Angabe, sie habe es mit eigenen Ohren gehört, wie der alte Brintner ihrer Frau einen „Antrag" gemacht habe. Andere Bedienstete des Hotels sprachen nur von „Vermutungen" und „Wahrscheinlichkeit".

Justina Brintner gab zu, das Gerücht auch gehört zu haben, erklärte aber sehr bestimmt, sie habe ihm keinerlei Bedeutung beigemessen, sondern es bloß als „Tratsch" betrachtet. Ihrer Meinung nach sei der Schwiegervater nur darum so viel in der „Sonne" gesessen, weil er leider ebenso wie sein Sohn eine Vorliebe für das Trinken gehabt habe.

Dies wurde von anderer Seite ebenso bestimmt in Abrede gestellt. Der alte Brintner sei lange Jahre Bürgermeister in Kalkreut gewesen und als solcher im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, und kein Mensch habe ihn je betrunken gesehen. Im Gegenteil, er sei ein sehr mäßiger, nüchterner Mann gewesen.

Wer hatte nun recht? Der Untersuchungsrichter war so vertieft in Nachdenken, daß er beinahe die Meldung seines Bureaudieners überhörte, die vorgeladene Antonie Maibach sei draußen. Auch Frau Kreibig und ihr Bruder warteten bereits, und er habe letztere, dem erhaltenen Auftrag gemäß, in ein besonderes Gemach geführt.

„Schön. Dann führen Sie also die Maibach zuerst vor, Ziegler."

Toni erschien, tiefschwarz gekleidet, sehr bleich, mit niedergeschlagenen Augen. Sie gab ihre Aussagen mit ruhiger, fester Stimme ab.

Nein, getrunken hätte der Vater bestimmt nie. In die „Sonne" sei er wohl zumeist nur aus alter Gewohnheit gegangen, vielleicht auch, um sich bei Frau Kreibig, die er seit ihrer Mädchenzeit kannte, auszureden.

„Fanden Sie nichts Auffälliges in diesem häufigen Verkehr?"

„Durchaus nicht. Der Vater war auch zu Lebzeiten Herrn Kreibigs täglicher Gast in der „Sonne". Er war Trauzeuge bei Herrn Kreibigs Hochzeit, sein Freund und auch ein Jugendfreund des früheren Besitzers, Herrn Foreggers."

„Ach, die „Sonne" gehörte Kreibigs Schwiegervater? Aber da war doch ein Sohn, der jetzt Geschäftsleiter dort ist! Warum erbte der nicht die Wirtschaft, sondern sein Schwager?"

Ein schwaches Rot stieg in Toni Maibachs blasses Gesicht.

„Valentin Foregger hatte früher keine Freude zum Wirtsgeschäft. Er war als junger Bursche nach Amerika gegangen, und man hörte lange nichts mehr von ihm. Sein Erbteil bekam er in Geld. Erst nach seines Schwagers Tod kehrte er nach Kalkreut zurück, um der Schwester eine Stütze zu sein."

„Er scheint ein sehr tüchtiger Mann."

„Das ist er! Ohne ihn wäre die „Sonne" nicht so rasch aus einem einfachen Landgasthof geworden, was sie heute ist!"

„Sie verkehren mit den Geschwistern?"

„Ja . . ."

„Welchen Eindruck haben Sie von Frau Kreibig?"

„Sie ist eine tüchtige, charaktervolle Frau."

„Ist sie gefallsüchtig?"

„Durchaus nicht."

„Meinen Sie, daß sie mit der Absicht umging, wieder zu heiraten?"

„Das glaube ich nicht. Wenn sie es hätte wollen, würde sie es längst getan haben. Ihr Mann ist drei Jahre tot, und an Bewerbern hat es sicher nie gefehlt."

(Fortsetzung folgt.)

zwanzig Jahre. Amerika soll das Recht haben, auf der russischen Staatsbank Depots in fremder Währung zu errichten.

Ein Schreckensbild.

Ein kleines Bild von den schrecklichen Verhältnissen in Rußland gibt folgender Auszug aus einem Briefe, den ein Warschauer Bürger von seinem Vetter aus Sowjetrußland erhielt: „Ich verdiene 100 000 Rubel und muß für den bescheidenen Unterhalt meiner Familie, die aus der Frau, einem Kinde und mir besteht, drei Millionen Rubel ausgeben. Da ich aber so viel nicht einnehme, so hungern wir. Vor 1½ Jahren starb mein Töchterchen den Hungertod, da es weder Milch noch Eier gibt. Wir konnten sie nur mit Brot aus Kleie und mit Räucherheringen ernähren. In diesen Tagen wurden Kinder aus dem Gouvernement Samara zur Verpflegung hierher geschickt. Alle diese Kinder hatten Maulkörbe auf ihren Gesichtern und verbundene Hände, da sie aus Hunger ihre Hände oder sich gegenseitig benagten." — Erinnert man sich nicht der Bilder aus der Hölle Dantes?!

Bahnhofbrand in Bukarest.

Bukarest, 27. Dezember. Am Sonntag brach am Hauptbahnhof in Bukarest ein Feuer aus. Die Hälfte des Bahnhofs ging in Flammen auf. Die Verluste sind äußerst bedeutend. Viel Gepäck wurde vernichtet und viele Personen, unter anderm drei Feuerwehrleute, wurden verwundet. Der Verkehr ist normal.

Die Verluste die durch den Brand des Bahnhofs hervorgerufen wurden, betragen über 10 Millionen Lei. Die Kommissionsbureaus auf dem Bahnhof wurden vollkommen ein Raub der Flammen. Nur die Kassen wurden gerettet. Das Feuer entstand wahrscheinlich durch Kurzschluß. Die Untersuchung ist im Gange.

Die Unruhen in Aegypten.

Rom 27. Dezember. Am Sonnabend und Sonntag dauerten in Kairo die blutigen Unruhen weiter an. An diesen nahm auch das ägyptische Militär teil das durch Studenten verstärkt wurde. Es gab 5 Tote und 19 Schwerverwundete. Englische Flieger kreisten während der ganzen Zeit des Kampfes über der Stadt. Die englische Regierung alarmierte zwei Regimenter aus Malta. Ursache der Unruhen war die Verhaftung des Führers der ägyptischen Nationalisten und seine Deportation in unbekannter Richtung.

Politische Tagesneuigkeiten.

Bartholet der französische Staatssekretär im Auswärtigen Amt hat Briand sein Rücktrittsgesuch überreicht.

Das Programm der nächsten Völkerbundratssitzung. Der Völkerbundrat soll zum 10. Januar 1922 zusammenberufen werden. Er wird den Hohen Kommissar für Danzig, sowie den Präsidenten und vier Mitglieder der Regierungskommission für das Saarrevier ernennen.

Oberster Rat am 4. Januar. Dem „Intransigeant" zufolge wird der Oberste Rat für den 4. Januar nach Cannes einberufen. Die Orientkonferenz der drei Minister des Äußern soll nach dem „Temps" am 9. oder 10. Januar in Paris zusammentreten.

Eisenbahnkonferenz in Riga. Wie „Jaunakas Sinas" berichtet, soll im Januar in Riga eine Eisenbahnkonferenz stattfinden, zu der Polen, Estland, Lettland und die Tschechoslowakei eingeladen werden. Die Zeitung fügt hinzu, daß auf dieser Konferenz über den unmittelbaren Verkehr zwischen den genannten Staaten beraten werden soll.

Politischer Vertrag zwischen Österreich und Tschechien. Der Ministerpräsident Benesch benachrichtigte das Sekretariat des Völkerbundes über den Abschluß des politischen Vertrages zwischen der Tschechoslowakei und Österreich.

Lloyd Georges Reise nach Cannes. Lloyd George verblieb während der Feiertage in London und konferierte mit englischen Finanzleuten. Am 27. d. Mts. sollte er nach Cannes abfahren

Zum neuen Ministerpräsidenten in China ist Liang-Shin ernannt worden.

Neuorientierung der englischen Politik.

Die bevorstehende Neuorientierung der englischen Politik wird namentlich in linksstehenden Blättern günstig beurteilt. Der sozialistische „Daily Herald" kündigt bereits eine neue Entente an.

Der französischen Opposition gegen ein Entgegenkommen an Deutschland wird von verschiedenen Londoner Blättern entgegengehalten, daß Frankreich mit dem Abschluß des Wiesbadener Abkommens eigenmächtig vorgegangen sei und dadurch seine Beziehungen zu England selbst gefährdet habe. England könne Frankreichs egoistische Politik nicht mehr unterstützen. Sollte Deutschland seinen Zahlungen nicht mehr nachkommen, so werde sich England an keiner Zwangsmaßnahme beteiligen. Es sei im Gegenteil sogar zu erwarten, daß England Deutschland ermutigen werde, seine Zahlungen einzustellen, wenn Frankreich nicht in ein Moratorium einwilligen sollte.

Die Pariser Korrespondenten der Londoner Blätter teilen mit, daß der englische Botschafter in Paris den gleichen Standpunkt wie seine Regierung vertrete, was in Pariser Regierungskreisen lebhafte Beunruhigung hervorgerufen habe. England und die ganze Welt habe ein Interesse an der Wiederbelebung des deutschen Marktes. In französischen interessierten Kreisen will man abwarten, in welcher Weise die englische Regierung ihre Vorschläge über die neue Operationsmethode, die Stabilisierung der Wechselkurse und die Liquidation der gegenseitigen Staatsschulden mit dem Versailler Vertrag und den anderen geschlossenen Abkommen in Übereinstimmung bringen wird.

Die Bildung einer neuen Überwachungskommission in Berlin betrachtet man in Pariser maßgebenden Kreisen als eine ungünstige Bürgschaft für die Ausführung der Verpflichtungen Deutschlands.

Erweiterung der Geldstrafen, Einschränkung der Freiheitsstrafen.

Der Reichstag hat am 17. Dezember 1921 ein Gesetz zur Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafen und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen beschlossen. Das Gesetz soll mit dem 1. Januar 1922 in Kraft treten. Für die Anwendung der neuen Vorschriften weist der preußische Justizminister Am Zehnhoff auf folgende Gesichtspunkte hin: Die Heraufsetzung der Höchstbeträge der Geldstrafen und Bußen auf den zehnfachen Betrag der bisherigen Höhe, bis zum Höchstbetrage von 100 000 M. bei Verbrechen und Vergehen bezieht sich nicht auf Ordnungsstrafen und Zwangsstrafen. Durch die dem Gericht verliehene Befugnis, die Nichtvollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe anzuordnen, wird die Möglichkeit der bedingten Strafaussetzung nicht eingeschränkt. Auch wenn das Gericht die Nichtvollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafen angeordnet hat, kann die Vollstreckung der Geldstrafe bis zum Ablauf der Verjährungsfrist jederzeit wieder aufgenommen werden, sofern die wirtschaftlichen Verhältnisse des Verurteilten sich bessern. Die Justizbehörden haben alle einlaufenden Gnadengesuche, bei denen es sich um Umwandelung einer weniger als drei Monate betragenden Freiheitsstrafe in eine Geldstrafe handelt, unmittelbar dem Gericht zu übersenden. Das Gesuch gilt als erledigt, falls das Gericht seine Genehmigung erteilt. Andernfalls geht es an den Beauftragten für Gnadengesuche zur weiteren Beurteilung. Auf die vor dem 1. Januar 1922 bei dem Beauftragten für Gnadengesuche bereits anhängig gewordenen Sachen finden diese Bestimmungen entsprechende Anwendung. Dem Gesetz ist die von der Reichsregierung der Reichstagsvorlage beigegebene Begründung beigefügt, der wir das Folgende entnehmen: Der Geldstrafe ist ein neues Gebiet insofern eröffnet, als das Gericht überall da, wo wegen Vergehen bisher auf eine Freiheitsstrafe erkannt werden mußte, eine Geldstrafe zu verhängen, angewiesen ist, wenn weniger als drei Monate Freiheitsstrafe verbürgt sind und der Strafzweck durch eine Geldstrafe erzielt werden kann. Die Tragweite der Neuerung geht daraus hervor, daß künftig z. B. in milder liegenden Fällen des einfachen Diebstahls auf Geldstrafe erkannt werden kann.

Republik Polen.

† **Zugzusammenstoß.** Der Zug von Kowno-Litauen, der die Mitglieder des Völkerbundes an die polnische Grenzstation transportierte, übersah die Signalzeichen und überfuhr die Grenze. Bei der Station Niewic stieß er mit einem polnischen Zuge zusammen, der die Delegierten abholen sollte. Personen wurden nicht verletzt.

† **Umgestaltung des „Moni or Polski".** Der polnische Reichsanzeiger soll demnächst eine Umwandlung erfahren der Art, daß alle nichtamtlichen Mitteilungen (Telegramme usw.), die auch von privaten Tagesblättern gebracht werden, wegfallen. Die Parlamentsberichte sollen entweder ganz nach den Stenogrammen wiedergegeben werden oder nur noch die Erklärungen von Mitgliedern der Regierung enthalten

Deutsches Reich.

** **Die Kohlenkrise im Reichskabinett.** Das Reichskabinett beschäftigte sich mit der Kohlenfrage. Maßgebende Stellen sind der Auffassung, daß alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um den Kohlentransport zu steigern und damit die dem Wirtschaftsleben drohenden Gefahren zu beseitigen.

** **Wie die deutschen Frauen die Teuerung bekämpfen.** Seit mehreren Tagen hält bereits in Berlin ein großer Streik an: es streiken die deutschen Wirtinnen, die infolge der in Berlin herrschenden furchtbaren Teuerung beschlossen haben, mehrere Gegenstände gar nicht zu kaufen und zwar Möbel, Klaviere, Schuhwaren, Wäsche, Geschmeide, Gardinen und dergl. Die Kaufleute, die den Streik anfangs nicht beachteten, sind in letzter Zeit ernstlich beunruhigt, da er für viele Läden zur Katastrophe zu werden droht. Die Preise sind infolgedessen seit einigen Tagen etwas gefallen.

** **Grippe in Berlin.** In Berlin herrscht seit einigen Tagen wieder die Grippe. Tausende von Menschen sind daran erkrankt.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 28. Dezember.

Verbot der Verschiebung von Grenzsteinen.

Das Ministerium des Innern hat an alle Wojewoden ein Rundschreiben erlassen, in dem es zum Schutze der geodätischen Vermessungszeichen auffordert. Auf dem Gebiet des ganzen Reiches sind ungefähr 50 000 feststehende Punkte durch Steine oder Säulen bezeichnet. Die Punkte dienen als Grundlage zu allen geodätischen und topographischen Arbeiten. Der praktische und materielle Wert dieser Punkte beträgt viele Millionen Mark. Das Ministerium macht die Wojewoden aufmerksam, daß es den Besitzern von Realitäten und Grundstücken auf keinen Fall erlaubt ist, solche Punkte fortzuschaffen, zu vernichten oder ohne Wissen der Behörden an eine andere Stelle zu tragen.

Bromberg Sitz einer Wojewodschaft?

Die Administratskommission im Sejm, mit dem Abgeordneten Erdmann an der Spitze, bearbeitet gegenwärtig ein Projekt über die Einteilung des Staates in ständige Wojewodschaften, da die bisherige Einteilung nur provisorisch war. Hierbei wurden Städte, die wirklich eine Berechtigung zum Sitz einer Wojewodschaft hatten, gar nicht berücksichtigt, so auch Bromberg. Nach dem Projekt soll nunmehr Bromberg auch Sitz einer Wojewodschaft werden, ein Plan, der bekanntlich schon früher auftauchte. Zu der Wojewodschaft Bromberg sollen gehören: alle Kreise Pommerellens auf dem linken Weichselufer, ganz Kujawien soll zugeteilt werden und zwar die Kreise Włocławek, Nieszawa, Lipno und Rypin. Thorn würde somit der Sitz der Wojewodschaft Kujawien werden.

Millionendiebstähle.

Am zweiten Weihnachtsfeiertage wurde aus einer Wohnung des Hauses ul. Libelta 12 (fr. Wittingstraße) ein Herrenskunkspelz mit schwarzem Überzug und Krimmerkragen im Werte von 300 000 Mark gestohlen. In der darauf folgenden Nacht stahlen Einbrecher vom Korridor einer herrschaftlichen Wohnung in der ul. Słowackiego 22 (fr. Karlstraße) vier kostbare Pelze im Werte von vier Millionen Mark, und zwar einen Herrensealpelz, zwei Damenpelze und einen Kinderpelz, letzterer aus Hasenfell. Beide Einbruchsdiebstähle sind durch nicht genügende Verwahrung der Korridortüren nicht unwesentlich erleichtert worden.

⨯ **Staatspräsident Pilsudski** hat heute vormittag 9½ Uhr die Stadt Posen im Kraftwagen verlassen, um sich von hier zunächst nach Racot im Kreise Kosten und darauf nach Lissa zu begeben.

⨯ **Gibt es im ehem. preußischen Teilgebiet Separationsbestrebungen?** Während des Festmahles am 27. Dezember im Posener Schloß wandte sich der Teilgebietsminister Wybicki mit einer Ansprache an den Staatspräsidenten und wies unter anderem darauf hin, daß der Bevölkerung dieses Teilgebietes noch immer zuweilen Separationsbestrebungen vorgeworfen würden. Dazu sagte er: „Es gibt in diesem Teilgebiet keine Separationsbestrebungen, es gibt hier keine besonderen staatlichen Ziele, — es gibt nur, wie übrigens in allen drei Teilgebieten, Spuren der fremden staatlichen Kultur, die einer vollkommenen Verständigung noch im Wege stehen Aber diese Spuren sind im Schwinden und werden, so Gott will, ganz schwinden, besonders wenn die maßgebenden Faktoren persönlich mit diesen Spuren in Berührung kommen; denn solche persönlichen Berührungen bahnen den Weg zum gegenseitigen Kennenlernen und bereiten die Verständigung vor. Und wie dieses Gebäude, in dem wir jetzt weilen und das deutlich die Kennzeichen der deutschen Kultur an sich trägt, jetzt in die Hände der Zentralbehörden übergeht und der Repräsentation des ganzen und ungeteilten Polens dienen soll, so werden auch in den einzelnen Teilgebieten die bisherigen Eigentümlichkeiten schwinden, und die unter dem Einfluß der Spuren fremder Kulturen stehende Bevölkerung wird nach Beseitigung der trennenden Verschiedenheiten überall von einem Geiste erfüllt sein, überall mit den gleichen Mitteln zu den gleichen Zielen streben zum Ruhme des ganzen befreiten Vaterlandes."

Ein Daninaamt (Urząd Daninowy) ist in Posen im Entstehen begriffen. An seine Spitze tritt Dr. Konopiński, bisher Chef der Selbstverwaltungsabteilung im Innendepartement des Ministeriums für das ehemals preußische Teilgebiet. Aufgabe des Amtes ist die Durchführung des Gesetzes über die einmalige staatliche Abgabe.

⨯ **Die Abwicklungsstelle der Ostbank für Handel und Gewerbe** befindet sich nicht, wie vor einigen Tagen in einer Briefkastennotiz mitgeteilt wurde, plac Wolności 15, sondern im Hause Aleje Marcinkowskiego 24 (früher Wilhelmstr.), letztes Gartenhaus rechts.

⨯ **Bei der Empfangnahme der sog. Weihnachtszuckermarken** im städtischen Amtszimmer Plac Sapieżyński 10 a (fr. Sapiehaplatz), zweiter Stock, über die wir in der gestrigen Ausgabe nähere Einzelheiten mitgeteilt haben, muß die blaue Ausweiskarte, die zum Empfange der Lebensmittelkarten berechtigt, vorgelegt werden.

⨯ **Eisenbahnverkehrsänderung.** Wie uns von der Direktion der Staatseisenbahnen in Posen mitgeteilt wird, wurde auf der neueröffneten Strecke Kutno—Stralkowo am 23. d. Mts. der bisherige Verkehr in der Weise geändert, daß die Abfahrt von Kutno an den ungeraden Tagen des Monats um 5,45 Uhr früh, statt wie bisher um 6 Uhr, erfolgt; die Ankunft in Stralkowo um 11,37 vorm., statt wie bisher 2,15 nachm. Die Rückfahrt erfolgt von Stralkowo an den geraden Tagen des Monats um 11,50, statt wie bisher um 6 Uhr, die Ankunft in Kutno 5,40, statt wie bisher um 2,15 Uhr.

Sein goldenes Doktorjubiläum feierte am Mittwoch vor Weihnachten in Frankfurt a. O. ein Sohn der Stadt Posen, Geheimer Regierungs- und Medizinalrat Dr. Barnick. Er ist im Jahre 1849 in Posen geboren, erhielt 1867 am Friedrich Wilhelm-Gymnasium das Zeugnis der Reife, studierte in Berlin Medizin und machte als Unterarzt den Krieg 1870/71 mit, wo er sich das Eiserne Kreuz erwarb. Am 21. Dezember 1871 promovierte er zum Doktor der Medizin auf Grund seiner Dissertation über Neuralgia nervi trigemini nevrectomiae ope curanda, zu deutsch über: Die chirurgische Behandlung der Neuralgie der Gesichtsnerven. Bis 1879 war Dr. Barnick Militärarzt, kam dann als Kreisphysikus nach Schleswig, von da im Jahre 1892 als Regierungs- und Medizinalrat nach Marienwerder, und 1894 in gleicher Eigenschaft nach Frankfurt a. O. Im Januar 1914 nahm er seinen Abschied, um im Kriege wieder stellvertretungsweise Dienst zu tun. Der Jubilar war auch gleichzeitig Direktor der Frankfurter Provinzial-Hebammenlehranstalt bis zu deren Übersiedlung nach Neukölln. An seinem Jubiläumstage wurde er u. a. beglückwünscht von seinem Amtsnachfolger bei der Regierung in Frankfurt a. O., dem Geh. Medizinal- und Regierungsrat Dr. Schmidt, früher bei der Regierung in Posen.

Fundgegenstände. Im Starostwo Grodzkie sind vom 9. 10. bis 10. 11. 1921 folgende gefundene Gegenstände abgeliefert worden: 5 Schlüssel mit einem Ring, dazu 1 Messingplättchen mit dem Namen „Sklep"; 1 Portemonnaie mit 20 M. Inhalt und einer Bahnsteigkarte; 1 Schlüssel; 100 M.; 1 Damenhandtasche mit 686 M. und 1 Brille; 1 deutscher Paß auf den Namen Stanisław Nowak; 1 schwarze Leinwand-Brieftasche mit 595 M. Inhalt und 6 Brotmarken; 1 Straßenbahnfahrkarte auf den Namen Jarzembski; 2 Gebetbücher; 1 Paket Lebensmittel (2 Büchsen mit kondensierter Milch); 1 Paar Herren-Glacéhandschuhe; 4000 M. in einem Briefumschlage; 1 Herrenhemd und zwei Taschentücher; 1 Rosenkranz; 1 Karton mit schwarzem Maschinenpapier; 1 Taschentuch mit Geld; 1 Portemonnaie mit dem Namen Nowak; 1 Paar schwarze Schuhe; 1 gelbe Brosche (1 Spinne darstellend); 2 Schlüssel an einem Lederband; 21 Futtersäcke; 1000 und 110 M.; 1 Damentasche mit 1287 M., 1 Gebetbuch und sonstige Kleinigkeiten enthaltend; 1 silberne Herrenuhr; 1 Brieftasche, 1506 M., 1 deutsches Fünfzigpfennigstück aus Aluminium und Brotmarken enthaltend; 615 M.; 1 wollener Damenhandschuh; eine Brieftasche (Lederimitation), enthaltend 5500 M., 1 Rubelwechsel und Rechnungen auf den Namen Henryk Freißler; 1 Öse von einem gelben Ohrring; 1 Patentschlüssel; ein Quittungsbuch (für Schneider) mit 225 M.; ein silberne Herrenuhr; 1 grauer Kinderkragen; 1 Arbeitsbuch mit Schulzeugnissen auf den Namen Stanisław Lihs; 1 Brieftasche mit 100,50 M. und verschiedenen Papieren auf den Namen Nikodem Gorszyński.

⨯ **Aufgefundene Diebstähle.** Auf dem Grundstück der Kreuzkirche wurden folgende, offenbar aus einem Diebstahl herrührende Gegenstände, die der Spitzbube dort niedergelegt hatte, aufgefunden: ein Herrenmantel aus Militärtuch, ein schwarzer Damenplüschmantel, ein grauer Damenmantel, ein Marengojackett und ein grünes Kinderkleid. Die Gegenstände können im 5. Polizeikommissariat auf der Wallischei besichtigt werden.

* **Mogilno, 20. Dezember.** Durch die Domänenangelegenheit drohte die bekannte Stammschäferei in Wartenberg, die vom Vater des jüngsten Züchters im Jahre 1867 gegründet wurde, für die hiesige Landwirtschaft verloren zu gehen. Zwar gaben sich die berufene Landwirtschaftliche Organisation und Körperschaften durch Eingaben mit dem Hinweis, daß die Erhaltung gerade dieser Herde von größter Bedeutung sei, alle Mühe, aber die Domäne Wartenburg mußte trotz den hervorragenden züchterischen Leistungen des Pächters aufgegeben werden. Nun ist die Erhaltung dieser Herde dadurch geglückt, daß Landschaftsrat von Bork sein Rittergut Dombrowko, Kreis Mogilno, das als Anbaustation des Petkuser Roggens ja bekannt ist, Herrn v. Colbe als Pachtung überließ.

* **Inowroclaw, 27. Dezember.** Am Freitag, dem 23. d. Mts., starb infolge eines Unglücksfalls das Verwaltungsmitglied und der langjährige Geschäftsführer und Mitarbeiter des hiesigen „Dziennik Kujawski", Zygmunt von Zabłocki. Der Unglücksfall ereignete sich vor einigen Tagen, als der Verstorbene von einem Vortrag aus dem Stadtpark heimkehrte und unterwegs infolge des Glatteises so unglücklich fiel, daß er eine schwere Gehirnerschütterung erlitt, der er nach wenigen Tagen erlag. Der Verstorbene hatte ein Alter von 71 Jahren erreicht.

* **Dirschau, 25. Dezember.** Die andauernden Zollbeschwerden geben dem Warschauer „Przegl. Wieczorny" Anlaß, sich darüber zu beklagen. Insbesondere findet er die Untersuchung der Frauen unerhört, und er schreibt: „Alle Reisenden, die aus dem Westen Europas kommen, äußern ihre Verwunderung über diese Zustände, und besonders Engländer haben offen erklärt, daß in keinem Teile der Welt in Ländern, die von Weißen bewohnt werden, etwas ähnliches vorkäme. In einem der Danziger Kurierzüge (vom Freitag zum Sonnabend) befand sich eine Engländerin, die zu dem Zwecke nach Danzig gefahren war, um bei Blitzlicht auf der photographischen Platte die Dirschauer Szenen festzuhalten." — Von da bis zur Aufnahme der Bilder in illustrierte Blätter ist der Weg nicht weit!

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Inoffizielle Notierungen der Posener Getreidebörse vom 28. Dezember 1921.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	10 600—11 600	Weizenkleie	5300
Roggen	7400	Roggenkleie	5200
Braugerste	7000—7800	Kartoffeln	2800—3100
Hafer	7500—8000	Schminkbohnen	11 000—12 000
Weizenmehl 70%	19 200—20 200	Leinsamen	14 500—15 000
Roggenmehl 70%	10 000—11 000	Rübsen	13 000—14 000
Felderbsen	7500—8500	Odermennig	13 000—14 000

Fehlende Produkte ohne Handel. Weizen- u. Roggenmehl einschl. Säcke. Tendenz: ruhig.

Posener Viehmarkt vom 28. Dezember 1921.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht.

I. Rinder: A. Ochsen I. Sorte 7000—8000 M., II. Sorte 6000—6500 M., III. Sorte 2500—3000 M. B. **Bullen** I. Sorte 7000—8000 M. II. Sorte 6000—6500 M., III. Sorte 2500—3000 M. C. **Färsen und Kühe** I. Sorte 7000—8000 M., II. Sorte 6000 bis 6500 M. III. Sorte 2500—3000 M. D. **Kälber** I. Sorte 8000—8500 M., II. Sorte 5000—7000 M.

II. Schafe: I. Sorte —,— M., II. Sorte 6000—7000 M.

III. Schweine: I. Sorte 17 500—18 000 M., II. Sorte 15 500 bis 16 000 M., III. Sorte 12 000—13 500 M.

Der Auftrieb betrug: 93 Rinder, 90 Kälber, 72 Schafe, 676 Schweine. Tendenz: lebhaft.

Bücher und Zeitschriften.

Amerikakunde. Eine zeitgemäße Forderung von Dr. Friedrich Schönemann. Angelsachsen-Verlag, Bremen. Preis 8 M. — Dr. Friedrich Schönemann von der Universität Münster i. W., der sich bereits einen Namen als Kenner der Vereinigten Staaten gemacht hat, legt uns in seiner neuen Schrift „Amerikakunde" höchst bedeutsame Gedanken vor, die ihm seine jahrelangen Amerikastudien und reichen Erfahrungen während neun Jahren in den U. S. A. gebracht haben. Nachdem er den allgemeinen Mangel an der Kenntnis Amerikas in Deutschland nachgewiesen und die Gefahren aufgedeckt hat, die in solcher Verständnislosigkeit liegen, kommt er zur Forderung einer selbständigen Amerikakunde innerhalb der deutschen Wissenschaft. Er denkt als Universitätslehrer natürlich zuerst an die Universität als Pflanzstätte der unbedingt nötigen gründlichen und systematischen Amerikakunde, aber seine zeitgemäßen Forderungen gelten für alle Deutschen, die mit Amerika amtlich, beruflich oder geschäftlich zu tun haben, und ebenso für die Vertreter der deutschen Presse; denn nur auf Grund von Tatsachenkenntnis läßt sich eine aufgeklärte öffentliche Meinung machen. Kurz, Schönemanns Broschüre ist einem Gegenstand gewidmet, der jeden Deutschen unmittelbar angeht.

Eine aufschlußreiche und feinsinnige Betrachtung über das Amerikanertum in der Literatur führt passend in des Verfassers neue Art ein, die amerikanischen Dinge zu sehen. Wie er ist bisher noch kein deutscher Schriftsteller dem Urbegriff des Amerikanertums, dem sogenannten Amerikanismus nachgegangen. So füllt seine Studie eine Lücke im deutschen Schrifttum aus.

Ein Vortrag über deutsche Kultur im Ausland, den der Verfasser vor dem Auslandsdeutschentag der Hamburger Kulturwoche 1921 gehalten hat, rundet die Schrift würdig ab. Nüchtern und sachlich, schlicht und einleuchtend, in klarer Auffassung und Darstellung wird Schönemanns kurze gedankliche Einführung in die Amerikakunde überall lebhaftes Interesse wachrufen.

Handbuch des guten Tones und der feinen Sitte von Konstanze von Franken. 40. Auflage. 300 Seiten. Preis geb. (einschl. aller Zuschläge) 13,20 M. Max Hesses Verlag, Berlin W. 15.

Ob man guten Ton und feine Sitten aus Büchern lernen kann, bleibe dahingestellt. Daß aber eine Zusammenstellung des in der guten Gesellschaft üblichen und Erlaubten heute notwendiger ist als je, kann nicht bestritten werden, und wer die in solchen Zusammenstellungen gegebenen Hinweise nicht als toten „Comment" hinnimmt, sondern die so dargebotenen „Anstandslehren" auf ihre innere Bedeutung und Berechtigung zu prüfen vermag, der wird — wenn er eine solche Belehrung überhaupt nötig hat — derartige Bücher nicht ohne Nutzen zur Hand nehmen und sich aus ihnen die Möglichkeit holen, den äußeren Eindruck seiner Persönlichkeit und seines Verhaltens zu heben (vorausgesetzt natürlich, daß er bei Befolgung der Lehren auch eigenes Stilgefühl walten läßt und sich vor einer übertriebenen Betonung der „Korrektheit" hütet). Bücher wie der „Knigge" haben außer ihrer praktischen Bedeutung für die, an die sie sich wenden, kulturhistorische Bedeutung insofern, als sie den nachfolgenden Geschlechtern zeigen, was zu einer gegebenen Zeit in der Gesellschaft erlaubt, was verfehmt war. Sie sind insofern zugleich Bausteine zu einer vergleichenden Sittengeschichte. Das Buch von Konstanze von Franken enthält sechs Kapitel: 1. Persönliches. 2. In der Gesellschaft. 3. In der Öffentlichkeit. 4. In der Familie. 5. Bei besonderen Gelegenheiten. 6. Briefliches und Geschäftliches. Wird man auch nicht alles, was die Verfasserin lehrt, als unbedingt richtig und notwendig unterschreiben können, so wird man ihr doch zugestehen müssen, daß sie sich bemüht, nicht blutleere, steife Förmlichkeit und äußerliche Höflichkeit zu verbreiten, sondern einer inneren Veredelung und Herzlichkeit das Wort zu sprechen.

Der Schulze von Wolfenhagen. Die Geschichte eines Dorfes. Roman von Gustav Schröer. Verlag Quelle und Meyer in Leipzig. Preis geb. 28 M.

Wir haben schon vor einiger Zeit einen Roman von Gustav Schröer besprochen und empfohlen („Die Leute aus dem Dreisatale"). Was von jenem Buche gesagt wurde, gilt auch von dem jetzt zur Besprechung vorliegenden Werke Schröers. Wieder ist zu sehen, daß wir es hier mit einem ernsten, scharf beobachtenden und dichterisch gestaltenden Erzähler zu tun haben, der Welt und Menschen von hoher sittlicher Warte aus anschaut und die Erlebnisse des Einzelnen im Zusammenhang mit der Entwicklung seiner Umgebung glaubhaft und eindringlich darzustellen weiß. In dem „Schulzen von Wolfenhagen handelt es sich um einen Mann, der durch sein Beispiel, seine Persönlichkeit und seine unablässige Arbeit die Bevölkerung eines ganzen Dorfes vor der Verkommenheit rettet und auf den rechten Weg zurückführt. Eine Reihe von gutgesehenen und in ihrem innersten Kern erkannten Bauerntypen zieht an dem Leser vorüber, miteinander verbunden durch die Zugehörigkeit zu dem einen Dorfe. Die Anteilnahme des Dichters an dem Geschick dieser Bauern und ihres Dorfes kommt in dem Schlußwort zum Ausdruck: „Gott helfe unsern Bauern zu rechten Freunden. Gegen ihre Feinde wehren sie sich schon. Er helfe ihnen zu rechten Freunden. Zu solchen, die sie so lieb haben, daß sie ihnen die Wahrheit sagen und daß sie erhalten, was unseres Bauerntums Kern immer gewesen ist: Schlichtheit und ein fromm Gemüt."

Max Reger. Ein Bild seines Jugendlebens und künstlerischen Werdens. Von Adalbert Lindner. Broschiert 60 M., geb. 80 M., in Halbleder 160 M. (Verlag von J. Engelhorns Nachf., Stuttgart.) —

Lindner, der frühere Lehrer und spätere Vertraute Regers, gibt in diesem Buch ein sprechendes Bild des Menschen und Künstlers. Nach einer liebevoll in Einzelheiten eindringenden Darstellung der ersten Jugend Regers schildert der Verfasser die künstlerische Entwicklung des Meisters, behandelt in einem besonderen Kapitel sein Verhältnis zu Brahms und in einem anderen sein Verhältnis zum evangelischen Choral und zur katholischen Kirchenmusik und bespricht eine Reihe seiner Werke in der zeitlichen Aufeinanderfolge ihres Entstehens. Der Wert des Buches, das reichen Aufschluß über den Komponisten, seine Persönlichkeit und sein Schaffen gibt, wird erhöht durch gute Bilder, eigene Aussprüche Regers, einige Urkunden, eine Zeittafel, ein Register und eine Übersicht über die Regerliteratur.

Deutsche Rundschau. Herausgegeben von Rudolf Pechel. Verlag von Gebr. Paetel, Berlin.

Das Dezemberheft bringt zwei Erzählungen („Mang" von Peter Dörfler und „Die Spielpartie" von Per Hallström) und vier politische und historische Aufsätze: über Innen- und Außenpolitik schreibt Karl Hoffmann, über Treitschke und Robert von Mehl (mit bisher unveröffentlichten Briefen) Max Cornicelius. Friedrich Wiegand behandelt eine religiöse Bewegung in Pommern vor hundert Jahren. Max Reinitz die Staatsarchive des Habsburgerreiches (im Lichte der Gegenwart). Hans Steinacher den Kärntner Freiheitskampf Richard Fester die „Bismarck-Renaissance". Es folgen die üblichen „Rundschau"-Artikel, zu denen diesmal eine Weihnachts-Rundschau kommt, eine reichhaltige und gediegene Übersicht über die literarischen Neuerscheinungen. Das Heft reiht sich seinen Vorgängern würdig an. Es schließt einen inhaltsreichen, lesenswerten Jahrgang.

Neues vom Tage.

§ **Zeppelin-Verbindung Spanien—Südamerika.** Der Direktor der Deutschen Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft Dr. Hugo Eckener, der langjährige Mitarbeiter des Grafen Zeppelin, ist von seiner mehrmonatigen Studienreise nach Spanien und Argentinien zurückgekehrt und hat das Ergebnis seiner Studien über eine geplante Zeppelin-Luftschiff-Verbindung von Spanien nach Argentinien dahin festgelegt, daß Südspanien als Ausgangspunkt sich ganz hervorragend eigne. Die Meeresstrecke von etwa 10 000 Kilometer Länge bis Buenos Aires sei sehr günstig, weil sehr gleichmäßige Wind- und Wetterverhältnisse vorhanden seien. Die gesamte Strecke werde in rund 90 Stunden zurückgelegt werden, die Rückfahrt könne in etwa 100 Stunden erfolgen. Ein regelmäßiger sicherer Betrieb mit modernen Luftschiffen in genügender Größe könne auf Grund der Erfahrungen der Zeppelin-Gesellschaft gewährleistet werden. Es würde ein Luftschiff von 150 000 Kubikmeter Rauminhalt mit einer Stundengeschwindigkeit von 115 Kilometern vorgesehen. Die Schiffe würden mit einer Einrichtung für 30—40 Passagiere ausgestattet werden und im übrigen in der Hauptsache Poststücke und Wertpakete befördern, die einen höheren Tarif vertragen. Die Fahrzeit nach Südamerika werde dadurch um ein Viertel bis ein Fünftel verkürzt. Die Aussichten auf das Zustandekommen des Unternehmens seien sehr gut, da auf spanischer Seite außerordentliches Interesse und auch die Geneigtheit zur Aufbringung der erforderlichen Kapitalien vorhanden sei. Das Unternehmen würde ein reinspanisches sein mit Rücksicht darauf, daß der Friedensvertrag Deutschland den Luftschiffbau und -betrieb verbiete. Die Organisation würde aber in deutschen Händen liegen.

§ **Eine deutsche Buchausstellung in Holland.** Eine repräsentative Ausstellung „Das deutsche Buch" wird Anfang Januar unter der künstlerischen Regie Professor Walter Tiemanns, des Direktors der Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig, im Kunsthause Kleykamp im Haag eröffnet werden.

§ **Eine italienische Musterausstellung in Südamerika.** Auf Veranlassung des italienischen Konsulats in Pernambuco soll, wie der deutsche Handelsdienst meldet dort demnächst eine Sonderausstellung italienischer Produkte eröffnet werden. Zahlreiche Muster von verschiedenen italienischen Industriezweigen sind bereits dort eingetroffen, insbesondere solche von der Zement- und Mosaikindustrie. Mit Rücksicht auf die neue italienische Schiffsverbindung zwischen Genua und Pernambuco wurden die Aussteller darauf hingewiesen, für Genua ihre Offerten zu stellen, um damit leichter zu Geschäftsabschlüssen zu kommen.

§ **Eisenbahnzusammenstoß in Italien.** Auf der Brücke über den Piave bei Sandona stieß der Orient-Expreß Paris—Belgrad über Mailand mit einem Zuge Triest—Rom zusammen. Fünf Fahrgäste kamen dabei ums Leben.

Aus der polnischen Presse.

Äußerungen des Finanzministers über die **Sanierung der Finanzen** gibt der „Dziennik Pozn.“ wieder, dessen Warschauer Korrespondent Herrn Michalski interviewte und an ihn die Frage stellte, wie sich in der letzten Zeit der finanzielle Zustand Polens gestaltet hatte und welcher Art ungefähr die Tendenzen der Entwicklung in dieser Richtung seien. Die Antwort des Ministers lautete: „Es ist natürlich sehr schwer, diese grundsätzlich wichtigen Fragen zu beantworten. Da ich nur mit Tatsachen und genauen Angaben operieren möchte, will ich Ihnen nur zwei Zahlen nennen, die durchaus zuverlässig sind und nach meiner Ansicht große Bedeutung haben. Auf Grund der uns zur Verfügung stehenden Materialien können wir feststellen, daß gewisse Kennzeichen auf eine **Besserung der Finanzlage** in einer wichtigen Richtung hinweisen. Und zwar: Die öffentlich-rechtlichen Abgaben (Steuern, Zölle und Gebühren) brachten im ganzen Jahre 1920 ungefähr 4 Milliarden. Im ersten Vierteljahr 1921 ebenfalls 4 Milliarden, im zweiten Vierteljahr mehr als 8 Milliarden. Für das dritte Vierteljahr liegt noch kein Abschluß vor, aber soweit sich die Verhältnisse übersehen lassen, darf mit etwa 15 Milliarden gerechnet werden. Für das vierte Vierteljahr erwarten wir ungefähr 20 Milliarden Mark. Diese Zahlen weisen auf eine feste Steigerungstendenz hin, und das zeugt sowohl von einer exakteren Tätigkeit der Finanzbehörden als auch von einer stärkeren Leistung der Abgaben durch die Bevölkerung. Die Folge dieser Dinge wird eine Verminderung der Verschuldung des Fiskus bei der Landesdarlehnskasse sein. In dieser Beziehung kann ich eine erfreuliche Erscheinung feststellen, die mit der ersten in logischem Zusammenhang steht: Während bis vor kurzem die Verschuldung des Fiskus bei der Landesdarlehnskasse dauernd zunahm, zeigt sich für die letzten drei Monate eine zwar unerhebliche, aber, was wichtig ist, systematische Rückgangstendenz. Das zeigen folgende Zahlen: Für Juli d. Js. 10 Milliarden, August 17½ Milliarden, September 20 Milliarden. Demnach für das ganze dritte Vierteljahr 47½ Milliarden. Der bis jetzt für das vierte Vierteljahr vorliegende Betrag dagegen beträgt nur 39 Milliarden. Eine zwar nicht erhebliche, aber doch erfreuliche und charakteristische Besserung.“ Auf die Frage des Pressevertreters nach den **Aufgaben des Finanzministeriums in der nächsten Zeit** antwortete der Minister: „Gegenwärtig sind wir mit dem Rechnungsabschluß für die Einnahmen und Ausgaben des Staates in der Zeit vom 19. Januar 1917 bis zum 31. Dezember 1920 beschäftigt. Wir arbeiten intensiv an der vorläufigen Zusammenstellung sowohl der Einnahmen als auch der Ausgaben. Dabei muß ich bemerken, daß wir die Zusammenstellung für die Zeit vom 19. Januar 1917 bis zum 30. Juli 1918 der Obersten Kontrollkammer schon vorgelegt haben. Das gleiche geschah mit der Zusammenstellung für die Zeit vom 1. Juli 1918 bis zum 31. Oktober 1918. Zugleich wurde der Abschluß der Einnahmen und Ausgaben für November und Dezember 1918 beendet. Der Abschluß für das erste Halbjahr 1919 und für den Zeitraum vom 1. Juli 1919 bis 30. März 1920 wird in diesem Monat zu Ende geführt werden. In diesen Tagen wurde der Zeitraum vom 1. April bis 31. Dezember 1920 zu Ende geführt und der Obersten Kontrollkammer vorgelegt. Für jeden Teil des Budgets ist eine auf genaue Belege gestützte Bilanz vorhanden. Mit Rücksicht auf Gründe technischer Natur sind dies vorläufige Zusammenstellungen, die auf der Basis einer Verständigung mit der Obersten Kontrollkammer bearbeitet wurden und nur Abteilungen und Titel von Haushaltungsvoranschlägen ohne Berücksichtigung der Paragraphen und Positionen umfassen. Wir gelangten nämlich einmütig zu der Überzeugung, daß eine solche Zusammenstellung, wenn sie auch nicht eingehend bearbeitet wird, wenn sie heut im Sejm vorgelegt wird, einen größeren realen Wert haben wird, als wenn man sie nach etlichen Jahren eingehend bearbeiten würde, wie dieses die Vorschriften verlangen. Außerdem bearbeiten wir im Hauptliquidationsamt unter der Leitung des Präsidenten J. Kaznicki eine provisorische Zusammenstellung des Staatsvermögens (Domänen, Vermögen des Militärfiskus, Eisenbahnvermögen, Post- und Telegraphenvermögen, staatliche Bauten). Was das ehemalige preußische Teilgebiet anbetrifft, so geben wir unsere Schätzung und die deutsche Schätzung an. Bezüglich Kongreßpolens stützen wir uns auf die Schätzung des russischen Verzeichnisses vom Jahre 1914 und setzen die Werte um die statistisch festgestellten Kriegsschäden herab. Was Galizien anbetrifft, so haben wir vorläufig, da der Wiedergutmachungsausschuß in Paris noch nicht die Grundlagen der Einschätzung im Sinne des Vertrages von St. Germain festgesetzt hat, nur die Möglichkeit, allgemeine Daten (ohne Wert) anzugeben. Ein auf dieser Grundlage gegebenes annäherndes Bild des Staatsvermögens wird, wenn auch ungenau, von Vorteil sein. Und endlich ist das eingehende Verzeichnis der in- und ausländischen Staatsschulden fast schon beendet. Ich möchte das genannte Material mitsamt dem Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1922, an dem wir angestrengt arbeiten, dem Sejm im Januar 1922 vorlegen.“ Der Interviewer fragte weiter nach dem Stand der **Verminderung der Ämter und Behörden** und erhielt zur Antwort: „Die faktische Unterlage zu der Arbeit in dieser Richtung erhielt ich vom Sejm erst am 16. d. Mts. Die Ersparungsarbeit muß hauptsächlich in den Kreis- und Wojewodschaftsämtern, d. h. den Behörden erster und zweiter Instanz, geleistet werden. Hier ist eine intensive Mitwirkung der Bevölkerung erforderlich. Die Ersparung muß nicht mechanisch bewerkstelligt werden, sondern mit innerem Sinn, vorsichtig und zielbewußt. In jedem politischen Kreise wird ein Bürgerausschuß eingesetzt werden, der mit Hilfe besonders dazu herangezogener Kräfte ein genaues Verzeichnis der vorhandenen Ämter und Behörden mit Angaben der in jedem Amt beschäftigten Personen aufstellen wird und besonders die Frageprüfen wird, ob und entsprechendes Amt auch vor dem Kriege bestand und — wenn ja — wieviele Personen es beschäftigte. Dann wird erwogen, ob ein Teil der Dienststellen beseitigt werden kann und — wenn ja — welcher, und an welchen Stellen eine Verminderung des Personals vorgenommen werden kann. Ich bin fest überzeugt, daß die Bevölkerung sich gern in den Dienst dieser Aufgaben stellen und sie rasch, gewissenhaft und exakt erfüllen wird.“

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 28. Dezember.

Erhöhung der Einreisegebühren von Deutschland nach Polen.

Das **Berliner polnische Generalkonsulat** teilt mit, daß mit Wirkung vom 26. Dezember d. Js. die Sätze der **Sichtvermerkgebühren um das Doppelte erhöht** worden sind. Es sind demnach von diesem Zeitpunkt ab für die Einreise von Deutschland nach Polen 200 Mark, für Hin- und Rückreise 400 Mark zu zahlen.

Die Kriesnoten gesetzliches Zahlungsmittel in Polen.

Die Polnische Landesdarlehnskasse gibt nach einer Meldung der Polnischen Telegr.-Agentur bekannt, daß entgegen den vielfach aufgetauchten Gerüchten, die sogenannten Kriesnoten Okkupationsnoten vom Datum des 9. November 1916 zu ½, 1, 2, 5, 10, 20, 50, 100 und 1000 M. **in Polen nach wie vor gesetzliches Zahlungsmittel bleiben** und von jedermann ebenso wie Banknoten des polnischen Staates in Zahlung genommen werden müssen.

\# **Neue Verordnungen über die Zigarettensteuer.** Der „Dziennik Ustaw“ veröffentlicht u. a. eine Verordnung des Ministerrats betr. Einführung der Bestimmungen zur Bekämpfung des Kriegswuchers im ehem. preuß. Teilgebiet, ferner eine Verordnung für das ehemals preuß. Teilg. betr. Regelung der Zigaretten- und Tabaksteuer. Durch diese Verordnung werden die Preise für Tabakerzeugnisse im Kleinverkauf von Zigaretten bestimmt. Die Preise betragen 400—2000 M. für 100 Stück Zigaretten. Gleichzeitig wird die Verordnung durch die seinerzeit die Ministerratsverordnung über die Zigarettensteuer zeitweise bis zur Veröffentlichung durch den „Dziennik Ustaw“ für das ehemals preuß. Teilgebiet verlegt wurde, jetzt wieder in Kraft gesetzt. Außerdem wurden die Ausführungsbestimmungen des Ministers für das ehemals preuß. Teilgebiet betr. Regulierung der Tabaksteuer veröffentlicht.

\# **Deutschtumsbund.** Helft den in der Existenz geschwächten selbständigen Handwerkern durch Arbeitsaufträge. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Posen, Waly Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring).

\# **Die Feiertage in Polen.** An Feiertagen hat England die wenigsten (6), dann folgen Oesterreich mit 7—10, Holland mit 9, die Schweiz mit 8—9, Amerika mit 8—16, Schweden mit 10, Deutschland mit 11, Spanien mit 11, Italien mit 11—12, Rumänien mit 12, Brasilien mit 15—16. **Polen**, wo die kirchlichen Behörden die Erlaubnis haben, 7 Feiertage auf den Sonntag zu verlegen, feiert zurzeit **17 Tage**, einschließlich des 3. Mai. Außerdem wird meistens nicht gearbeitet am Sonnabend der Karwoche, ferner an den sog. dritten Feiertagen von Ostern und Weihnachten, sowie am 1. Mai. Wir haben also insgesamt 21 Feiertage außer den Sonntagen.

\# **Die Auflösung der freiwilligen Frauenlegion** ist, wie polnische Blätter berichten, in Verbindung mit dem Übergang zum Friedenszustand angeordnet worden. Davon würden dann auch die in Posen vorhandenen weiblichen Soldaten betroffen werden.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lemberg**, 25. Dezember. Das Dorf Werniaki, Kreis Zbaraz, wurde bereits zum dritten Mal von **Raubmördern heimgesucht**. Zu Opfern einer gräßlichen Mordtat fiel diesmal die Familie des Michael Szynkar, eines Rückwanderers aus Amerika. Drei Banditen klopften am Fenster von Szynkars Hause. Da ihnen niemand öffnete, stieg einer der Banditen aufs Dach, machte dort eine Öffnung und gelangte in den Flur, wo er den anderen Banditen die Tür öffnete. Sie begaben sich in die Wohnung. Dort trafen sie zuerst auf die Frau des Szynkar, die sie mit einem Hammer töteten. Auf ihr Geschrei eilte ihr Mann zu Hilfe, wurde aber durch Schläge auf den Kopf und Stiche in den Hals ebenfalls ermordet. Darauf wurde der Vater des Michael im Schlafe ermordet. Seine 80jährige Frau kroch vor Angst auf den Ofen. Ungeachtet der Bitten, ihr das Leben zu schenken, wurde auch sie ermordet. Die 12jährige Tochter des Michael wurde mit einem Messer verwundet. Nur der vierjährige Sohn blieb unversehrt. Nachdem die Banditen mit den Hausbewohnern fertig geworden waren, raubten sie 6730 Dollar, 270 polnische Mark, 7 goldene Ringe, eine goldene Uhr mit Kette, Ohrringe und dergleichen. Von dem Überfall wurde sofort die Staatspolizei in Zbaraz benachrichtigt, der es nach fünf Tagen gelang, alle drei Banditen festzunehmen. Sie wurden nach dem Gefängnis in Tarnopol gebracht, wo sie vor das Standgericht gestellt werden sollen. Im Laufe der Untersuchung stellte es sich heraus, daß die Banditen mehrere solcher Überfälle auf dem Gewissen haben. Sie wollten vor Gericht nähere Angaben darüber machen, um sich an einem der ihrigen zu rächen, der sie der Polizei verraten hatte.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

G. D. in W. Wir nehmen an, was aus Ihrer Anfrage nicht zu ersehen ist, daß es sich um eine Ansiedlung handelt. Dann unterliegt Ihr Eigentum nach dem Standpunkt der polnischen Regierung, da die Auflassung erst 1919 erfolgt ist, der Liquidation.

M. W. in G. I. 1. In diesem Falle unterliegt Ihr Grundstück nicht der Liquidation. 2. Wenn Sie nicht für Deutschland optieren, dann bleiben Sie eben polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität. 3. Das können wir Ihnen nicht sagen, da ein Gesetz über die Militärpflicht in Polen erst noch beraten werden muß. 4. Das ist anzunehmen.

M. W. in G. 1. Darüber sind bisher keine Bestimmungen getroffen. 2. Einer Einreisegenehmigung bedarf es in diesem Falle nicht, da nach Art. 91 des Versailler Friedensvertrages jedem Optanten das Recht zusteht, bis zum 10. Janar 1923 in den Staat abzuwandern, für den er optiert hat.

P. M. in Pl. 1. Wir halten es in diesem Falle für ausgeschlossen, daß Sie die Genehmigung erhalten werden. 2. Die Tochter ist erbberechtigt. 3. Darüber, ob ein Deutscher optieren will oder nicht, hat nur der Betreffende selbst zu entscheiden. Die angeblichen Bekanntmachungen von Gemeindevorstehern, nach denen alle Deutschen optieren sollen, sind deshalb durchaus unverbindlich; kein Deutscher ist verpflichtet, sich danach zu richten.

H. B. N. B. 10. 1. Ihre Tochter muß in diesem Falle selbst optieren, und zwar bei Ihrem zuständigen Starosten und beim deutschen Generalkonsulat in Posen, ul. Zwierzyniecka 15 (fr. Tiergartenstr.).

R. J. Sie erhalten Ihre Kriegsinvalidenrente auch in Deutschland weiter.

S. Schw. in Tr. Gegen diese Entscheidungen, die endgültig sind, können Sie weiter keine Schritte unternehmen.

G. B. in K. Einen Teil des Handwerkszeugs müssen Sie zurücklassen.

F. N. 1. Ob Ihr Ansiedlungsgrundstück liquidierbar ist, können wir Ihnen erst sagen, nachdem Sie uns mitgeteilt haben, wann Sie die Auflassung bekommen haben. 2. Diese Frage ist einstweilen nicht zu beantworten. 3. Der Sohn gilt als Reichsdeutscher.

S. O. B. 46. Wir empfehlen Ihnen, in Ihrer schwierigen Optionsfrage sich persönlich an der amtlichen Stelle des Deutschen Generalkonsulats in Posen, ul. Zwierzyniecka 15 (fr. Tiergartenstraße) Auskunft erteilen zu lassen.

P. G. 1892. 1. Die Auflassung kann Ihnen unter den gegebenen Umständen verweigert werden. 2. Gegen die Entscheidung der Warschauer Instanz gibt es weiter kein Rechtsmittel. 3. Sie dürfen, da Sie ja selbst die Auflassung gar nicht haben, das Grundstück weder verkaufen noch vertauschen.

R. Bl. in W. Die polnische Mark bewegte sich am 16. Juli 1920 zwischen 22—23. Briefliche Auskunft erteilen wir nur ganz ausnahmsweise.

G. P. K. 87. Sie gelten, da Sie noch nicht am 1. Januar 1908, sondern erst am 2. Januar 1908 Ihren Wohnsitz im ehemals preußischen Teilgebiet hatten, als Reichsdeutscher.

B. S. in R. Ob das Kriesgeld eingezogen werden wird, können wir Ihnen nicht sagen; jedenfalls gilt es in der Republik Polen als gesetzliches Zahlungsmittel weiter.

Neuerscheinungen aus Recht und Wirtschaft.

II.

Ruch prawniczy i ekonomiczny.

(Juristische und ökonomische Strömungen)
herausgegeben von Prof. Dr. **Peretiatkowicz**, Poznań 1921.

Bis zur Revolution von 1918 erschien hier in Posen die „Juristische Monatsschrift für Posen, West- und Ostpreußen und Pommern“. Sie brachte juristische Aufsätze, vorzugsweise aus der Feder ostdeutscher Juristen und eine reichhaltige Sammlung von Gerichtsentscheidungen aus dem Osten des Reiches und von höchstgerichtlichen Entscheidungen, die auf die östlichen Verhältnisse Bezug hatten. Im Herbst 1918 stellte die Zeitschrift ihr Erscheinen ein, und es entstand nun eine Lücke, die umso fühlbarer wurde, als die gewaltigen Umwälzungen auf allen Gebieten des Rechts, insbesondere die Veränderungen der Staatsgrenzen, einen Austausch der Ansichten unter den Leuten vom Fach zur Klärung der eigenen Meinungen wie zur Orientierung der breiten Öffentlichkeit um so dringender erforderlich machten. Dazu kam, daß die hiesigen Juristen das ganze Jahr 1919 hindurch von allen sonstigen literarischen Hilfsmitteln Deutschlands abgeschnitten waren, und als mit Beginn des Jahres 1920 die polnische Justizhoheit an die Stelle der deutschen trat, da fehlten wieder alle Möglichkeiten, die Kenntnis des umfangreichen neuen Rechtsstoffes zu vermitteln und Gegensätze zwischen den einzelnen Auffassungen und Auslegungen auszugleichen.

Mit Freuden ist es deshalb zu begrüßen, daß polnischerseits mit der hier besprochenen juristisch-nationalökonomischen Vierteljahrschrift, deren erster Jahrgang (1921) jetzt vollständig vorliegt, der Versuch gemacht worden ist, die Lücke auszufüllen. Die neue Zeitschrift berücksichtigt vorzugsweise, wenn auch durchaus nicht ausschließlich die Verhältnisse unseres Teilgebiets. Ihr Inhalt, der sich auf rechtliche und wirtschaftliche Gegenstände gleichmäßig verteilt, gliedert sich in Abhandlungen, in eine reichhaltige Übersicht des Schrifttums mit Besprechungen sowohl polnischer wie deutscher, englischer und insbesondere französischer Neuerscheinungen, in eine Gesetzgebungsschau, in eine Sammlung von Gerichtsentscheidungen und eine ökonomische Chronik.

Besonders dankbar empfunden werden wird die Präjudiziensammlung, fehlte es doch in Polen bisher gänzlich an offiziellen Wiedergaben der obersten Rechtsprechung, und die in Kongreßpolen und Galizien erscheinenden juristischen Zeitschriften, die Entscheidungen brachten und dann ohne Berücksichtigung des ehem. preuß. Teilgebiets, waren hier nicht genügend bekannt. Erst neuerdings ist eine Monatsschrift „Rechtsprechung der polnischen Gerichte“ in Warschau im Erscheinen begriffen. Der „Ruch prawniczy“ bringt nun Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs in Warschau und des Posener Appellationsgerichts. Die Judikatur des deutschen Reichsgerichts, die doch für unser Teilgebiet ihre Bedeutung noch immer nicht verloren hat, ist nur mit zwei Urteilen vertreten, darunter mit dem bekannten über Änderung von Verträgen infolge der durch den Krieg hervorgerufenen Umwälzung auf Grund der clausula rebus sic stantibus (S. 247). Diese geflissentliche Übergehung der deutschen Rechtsprechung ist zu bedauern. Die Abkehr von manchen vom deutschen Richter vorbildlich entwickelten Grundsätzen wird sowieso durch die Personalverhältnisse der hiesigen Justiz begünstigt. Man sollte diese Entwickelung eher hemmen als fördern. Betrachtet man das hier geltende Recht durch die Brille ganz anders gearteter rechtlicher Systeme, dann liegt die Gefahr nahe, daß ein Zerrbild entsteht. Mit Recht kritisiert S. 766 ff. Rechtsanwalt Cichowicz-Posen einen Beschluß des hiesigen Appellationsgerichts, der — im Gegensatz zur Praxis des Reichsgerichts und Kammergerichts — dem Grundbuchrichter die Auslegung ihm als Grundlage für Eintragungsanträge vorgelegter Urkunden verwehrt und die Beteiligten zur Behebung von Zweifeln auf den Weg des Prozesses oder des Zusatzvertrages verweist. Gebracht werden die Entscheidungen zum Teil in Form ausführlicher Auszüge mit Tatbestand, oft noch mit persönlicher Stellungnahme des Referenten, z. gr. T. aber auch in Form ganz knapp herausgeschälter Thesen, die vielfach nur ein unzureichendes Bild der Entscheidung bieten. Strafrecht und Zivilrecht, Prozeßrecht und Recht der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Recht des ehem. preuß. Teilgebiets und kongreßpolnisches und galizisches Recht finden Berücksichtigung. Öfters handelt es sich um längst ausgetragene Dinge, zuweilen sind auch einander widersprechende Entscheidungen zum Abdruck gekommen. Interessieren dürfte die Urteile über Valutafragen. (S. 187 f., 382 ff., 591).

Die Gesetzgebungsschau bietet einen ganz brauchbaren Ariadnefaden durchs Labyrinth unserer Gesetzgebung, wenn man bedenkt, daß die Fixigkeit der Gesetzesproduktion die Aktualität und die Mangelhaftigkeit und Verworrenheit der Gesetzesproduktion — man lese die Ausführungen über die dreifache Gesetzgebung über den Ausnahmezustand im ehem. preuß. Teilgebiet S. 332 ff. — die Präzision und Irrtumslosigkeit der Darstellung sehr erschwert. Treffend wird die Flüchtigkeit und Ungenauigkeit der legislativen Arbeit am Beispiel der Verfassung (z. B. Abweichungen des verkündeten Textes vom Text der 3. Lesung) gerügt vom Herausgeber (S. 647), während die Verfassung inhaltlich von Starzynski in einer besonderen Abhandlung einer scharfen und z. gr. T. berechtigten, übrigens mit Leichtigkeit noch zu ergänzenden Kritik unterzogen wird.

An interessanten Abhandlungen mehr **theoretischen** Inhalts ist die Zeitschrift auch sonst reich, ist sie doch auch aus hiesigen Universitätskreisen hervorgegangen. Dr. Bossowski schreibt über das „Laienelement in der Strafrechtspflege“, Dr. Rappaport über die „Strafbefugnisse der Verwaltungsbehörden“, gegen deren ungeheuerliche Ausdehnung in Polen er im Interesse des Rechtsgefühls und der Bürgerfreiheit unter Hinweis auf die westlichen Demokratien mit Recht scharf Front macht. Dem Handelsrecht ist ein Aufsatz von Namitkiewicz gewidmet „Der gegenwärtige Stand der Handelsgesetzgebung in Kongreßpolen“. Er kommt zum Schluß, daß der in Kongreßpolen geltende Code de commerce den Anforderungen, die man an ein gutes Handelsgesetzbuch zu stellen habe, — im Gegensatz zur deutschen und sogar zur österreichischen Handelsgesetzgebung — in keiner Hinsicht genüge. Rechtsphilosophisch orientiert ist eine geistreiche Arbeit von Dr. Maliniak über die „Krisis im modernen Konstitutionalismus“. Ausgehend von der mangelnden Befriedigung ob der vorher heiß ersehnten demokratischen Errungenschaften in Deutschland, sucht er die tieferen Ursachen solcher Krisen zu ergründen. Er findet sie darin, daß politische Theorien als Ergebnis von politischen Kämpfen und als Formulierungen politischer Kampfziele **Negativ**charakter gegenüber den bestehenden und vergangenen politischen Zuständen haben. Daraus folge, daß eine ans Ruder gekommene neue Richtung ein gemeinsames **positives** Programm nie zustande bringe und in sich zerfalle. Soweit aber ein ideales positives Programm vorhanden sei, führe dessen Realisierung gemäß dem Gesetz der Heterogenie der Zwecke zu unbeabsichtigten Nebenwirkungen, die das bisherige Ideal der Kritik auslieferten.

Im ökonomischen Teil finden wir Abhandlungen von Bankdirektor Adamczewski über das Valutaproblem in Polen, von Prof. Brzeski über die wirtschaftliche Zukunft Großpolens und von Prof. Nadobnik über Fläche und Bevölkerung im ehem. preuß. Teilgebiet. Die hier errechneten Zahlen sind durch die inzwischen bekanntgewordenen Ergebnisse der neuesten Volkszählung teilweise überholt. Auffällig ist der große Unterschied zwischen den Nadobnikschen Zahlen für 1910 und den jetzt vom Statistischen Hauptamt veröffentlichten. Für das ganze polnische Staatsgebiet ergibt sich ein Minus an Bevölkerung von ca. 3 Millionen, das hauptsächlich Kongreßpolen zur Last fällt. Für das ehem. preuß. Teilgebiet beträgt das Minus nur ca. 52 000 und berührt fast ausschließlich Pommerellen.

Recht interessante Angaben und Zahlen, die teilweise in diesem Blatt bereits verwertet sind, enthält auch die Wirtschaftschronik. Landschaftliche und gewerbliche Produktion, Ein- und Ausfuhrzahlen, Arbeits-, Preis-, Geld- und Bankverhältnisse, Genossenschaftswesen und Kommunalwirtschaft werden an der Hand eines reichen Zahlenmaterials besprochen. Interessant sind die Berechnungen der Unterhaltskosten einer Familie (S. 622, 790), die Schätzung des diesjährigen Getreideüberschusses auf ca. 100 000 Waggons (S. 780), die Angaben über die Organisation und die Ergebnisse des Wiederaufbaus von Kalisch (Werkgenossenschaften der Arbeiter) (S. 640). In Zukunft sollte man aber darauf achten, daß die Zahlenangaben der Wirtschaftschronik nicht derartig von Druck- und Rechnungsfehlern wimmeln wie bisher. Das würde die Brauchbarkeit des ökonomischen Teiles ebenso erhöhen, wie dies beim juristischen Teil eine Erweiterung und Verbesserung der Präjudiziensammlung bewirken würde.

E. Meyer.

Frauenzeitung des Posener Tageblatts.

Das Ballkleid.

Trotz aller Bedrückungen und Erschwernisse der Zeit fordert die Jugend ihr Recht. Sie will tanzen. Sie verlangt nach dem Lichtglanz des Ballsaals, nach Musik und Rhythmus. Welcher Verständige möchte dem wehren? Es gilt im Gegenteil diesem Verlangen nachgeben und diesem Lebensdrang einen Rahmen und legitime Auswirkungsmöglichkeit zu geben, die er sonst abseits sucht.

Gewiß: Jugendwünsche stehen heute meist materiellen Hemmungen gegenüber, die es fast unmöglich machen, sie zu erfüllen, und namentlich die Mutter denkt mit Sorge an die Beschaffung der hellen Festeskleider, die die jugendliche Anmut der Tochter heben und schmücken sollen.

Aber gerade hier dürften sich in den Schränken noch alte Kleider finden, die, nicht so mitgenommen und abgenützt wie Straßenkleider, völlig zertrennt und aufgefrischt, eine neue Auferstehung im Tanzsaal feiern können.

Über die grundsätzlichen Bedingungen des Ballkleides finden wir einige sehr beachtenswerte Winke in dem im Volksvereins-Verlag M.-Gladbach erschienenen Büchlein von Josefine Gratz: „Der gute Geschmack in der Frauenkleidung." Das Werkchen will ein kleiner Leitfaden sein, der zu allen Fragen der Erscheinungskultur ein paar verständige Worte sagt, ob es sich nun um Körperpflege oder Kleiderangelegenheit handelt.

Sehr zeitgemäß sind jetzt die Richtlinien, die die Verfasserin für das Tanzkleid gibt.

Zum eigentlichen Tanzkleid ist der große Ausschnitt und der kurze Ärmel Bedingung, ebenso lichte, leichte Stoffe. Am ersten Ballabend und im ersten Balljahr soll nur die weiße Farbe getragen werden. Erst wenn diese Zeit vorüber, kann man mit zartfarbigen Kleidern für die Balltochter beginnen. Über den Taillenausschnitt könnte man ein eigenes Kapitel schreiben. Der zaghaft kleine Ausschnitt ist für Tanzstundenkleider, für kleine oder große Sommerfeste ganz am Platze. Die junge Dame im Ballsaal hat als erwachsener Mensch der Etikette Opfer zu bringen. Sie muß um die Büste eine Linie des Ausschnitts führen, die den Hals frei läßt und auch den Nacken in allerbestem Lichte zeigt. Man verstehe mich recht. Ich meine damit eine Linie, die ein der Büste entsprechender Ausschnitt auch einem an sich nicht schönen Gesicht eine gute Folie gibt. Für manche ist der tiefere, für manche der breitere Ausschnitt vorteilhafter. Das muß ausprobiert werden. Hauptsache ist, daß die ausgeschnittene Taille wie angeklebt an der Büste sitzt. Der tiefe Ausschnitt braucht nur scheinbar zu existieren. Die Mode kennt viele Dekors, unabsichtlich scheinend und absichtlich deckend. Dadurch kann vernünftige Dezenz aufs strengste gewahrt sein.

In diesen Kleinigkeiten, die gar nicht nebensächlich sind, verrät sich die Dame und die gute Schneiderin. Jene, ob sie zu tragen versteht, was diese für sie arbeitete.

Taillen, die nicht fest anliegen, ohne zu spannen, sind schlecht ausgearbeitet. Wie die Blumen gesteckt werden, hängt von der jeweiligen Mode ab. Sowohl an der Taille wie im Haar. Jedes Zuviel verrät schlechten Geschmack.

Der gute Geschmack verlangt ferner, daß die Handschuhe bis zu den kurzen Ärmeln reichen. Die heutige Moderichtung gestattet den Handschuh bis über den Ellenbogen, weil die Taille überhaupt keiner Ärmel bedarf. Bei den heutigen hohen Preisen kann man sich damit helfen, daß die Handschuhe mit Seidengaze oder Tüll verlängert werden, natürlich in der Farbe des Handschuhs. Es läßt sich leicht eine feine Stickerei oder dergleichen am Rand wie an der Verbindungslinie mit dem Handschuh anbringen.

Auch die nicht oder nur zufällig tanzenden Frauen haben in dekolletierter Toilette zu erscheinen. Eine Ausnahme würden nur sehr ländliche Verhältnisse gestatten. Hier könnte das halbausgeschnittene Kleid mit halblangen Ärmeln an Stelle der großen Toilette getragen werden.

Die Ballmutter kann an Schmuck anwenden, was immer zu ihrer Toilette paßt, nur darf sie nicht verschiedene Stilarten nebeneinander tragen. Sie kann den Hals und die Taille zieren und ihr Haar schmücken. Die Neuzeit mit ihren Riesengewinnen für manche hat hohe Summen für Edelsteine aller Art in Umlauf gebracht, die zur Schau getragen werden.

Die ballfähige Tochter soll den Schmuck der Mutter überlassen, sich mit Blumen und feiner Halskette begnügen und ihre Jugend wirken lassen, die auch für sie nur einmal lebendig ist.

Alle die heute nicht so seltenen „ausgefallenen" Ball- und Gesellschaftskleider für junge Mädchen, die in ihrem Übermaß an Effekt nur der Jugend schaden, sollten denen vorbehalten bleiben, die den Wert der Jugend noch nicht richtig verstehen.

Kulturgeschichtliches zur Seidenmode.

Noch nie hat vielleicht, wenigstens in Deutschland, die Seide eine so bedeutende Verwendung bei der Tracht unserer Frauen gefunden, wie heutzutage. Da ist es wohl angebracht, daß man sich vergegenwärtigt, woher dieser kostbare Stoff eigentlich stammt. Nach einer wenig bekannten Sage hat China, wo am frühesten die Seide bekannt war, der Kaiserin Li-Ling die Kunst der Seidenweberei zu verdanken. Sie wurde von ihrem Gemahl aufgefordert, etwas zu erfinden, wozu der Faden des Seidenwurms verwandt werden könne, um so zum Wohle des Volkes beizutragen. Die Kaiserin ersann in ernstlichen Studien eine Methode, die Seidenraupe aufzuziehen, den Kokon abzuhaspeln und den so gewonnenen Faden zur Anfertigung von Stoffen zu verwenden. Dafür kam sie als Heilige in den chinesischen Himmel und wird noch heute als Schutzpatronin der Seidenindustrie verehrt. Eine andere Überlieferung schreibt dem Tschin, dem ältesten Sohne Japhets, neben der Erfindung der Malerei und der Bildhauerkunst auch die der Seidengewinnung zu. Das Buch Tschu-King, das älteste historische Dokument der Chinesen, erwähnt schon um 3000 vor Christi das Vorhandensein von Seide. Es berichtet von einem Musikinstrument, das der Kaiser Fohi erfunden habe und dessen Saiten aus Seide waren. Im Jahre 2800 vor Christi belehrte Kaiser Chin-Nong sein Volk über den Hanfbau und die Zucht des Maulbeerbaumes, damit es „stets Leinen und Seide in Fülle habe". In den Zeiten nach Erfindung der Seide wurden diese herrlichen Stoffe unter Begleitung religiöser Zeremonien gewonnen. Vasallenfürsten hatten als Tribut nicht selten Seide darzubringen. Die erste Andeutung über das Färben der Seide macht wieder das Buch Tschu-King, das dieses Ereignis in das Jahr 2100 vor Christi verlegt. Die eigentliche Wiege der Seidenindustrie hat in der nördlich vom Hoangho gelegenen Provinz Schantung gestanden. Zuerst wurden aus Seide nur die Fahnen, Sonnenschirme und Kleider der Mitglieder des Kaiserhauses gefertigt. Bald lernte man auch die Herstellung des Brokats, d. h. der mit Gold- oder Silberfäden zusammengewebten einfarbigen Seide. Später mischte man dann die Farben gelb, violett, rot und blau und verzierte die Stoffe mit Perlen, Steinen oder buntschillernden Vogelfedern. Europa lernte die echte Maulbeerseide erst spät kennen. Zuerst wird sie von römischen Schriftstellern erwähnt, als 56 vor Christi die Soldaten des Crassus bei den feindlichen Parthern seidene Fahnen erbeutet hatten. Schnell stieg das köstliche Gewebe hoch in der Gunst der luxusgewöhnlichen Römer, und es entwickelte sich ein lebhafter Handelsverkehr mit China in diesem Artikel. Nicht lange, so entstanden in Byzanz Seidenwebereien und von dort aus verbreitete sich die Kunst der Herstellung seidener Stoffe nach anderen europäischen Ländern. In der Renaissancezeit war Venedig berühmt als Fabrikationsort, und seit dem 17. Jahrhundert Lyon. In unserer Zeit ist Krefeld mit der französischen Seidenstadt in erfolgreichen Wettbewerb getreten.

Eine neue Krankheit als Folge der Mode.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" schreibt ein Arzt:

Eitelkeit der Eitelkeiten!

Ein schlechter Psychologe wäre der Arzt, der glaubte, aus gesundheitlichen Gründen würde die Mode andere Wege gehen, als sie ihr von dem ungreifbaren innerlichen Gesetz vorgeschrieben sind! Hier eine vernunftgemäße Änderung vorzuschlagen, hieße eine winzige Maus in einen Riesenkäfig voll Katzen loszulassen. Das sei gar nicht versucht. Nur den nichtsahnenden Mitläuferinnen der Mode, die auch einmal gern das Richtige tun, wenn man sie darauf aufmerksam macht, sei hier Licht gezeigt. Wer sehen will, kann sehen!

Eine neue Krankheit ist aufgetaucht. Sie hängt zusammen mit dem kalten Winterwetter, mit der Unvernunft der Mode und noch einigen ursächlichen Ingredienzien. Es treten nämlich neuerdings bei Frauen und Mädchen Erfrierungen ganz bedenklicher Art auf, nicht nur Rötung und Blasenbildung, sondern schwere Erfrierungen mit tiefgreifenden Wunden und Absterben ganzer Hautpartien. Auch früher schon hat es alljährlich solche Erfrierungen gegeben, vor allem an den Füßen, seit die Menschen in hervorragender Weise es fertig gebracht haben, durch zu enges Schuhwerk die Blutzirkulation in der Haut der Füße möglichst zu unterdrücken. Wer sich einmal die Füße erfroren hat, der vermeidet weiterhin gern zu enge Schuhe; aber dann ist es nicht mehr so einfach, völlig schmerz- und beschwerdefreie Wiederherstellung des erkrankten Gewebes zu erzielen.

Außer zu engen Schuhen treffen aber in diesem Jahre drei Dinge zusammen, die bisher in dieser umfassenden Art sich noch nicht vereinigt hatten: kurze Röcke, dünne Strümpfe und große Kälte. In dieser Zusammenstellung ist das etwas Neues. Das Tragen dünner Flor- und Seidenstrümpfe in dem volksüblichen Maße, wie es heute überall zu beobachten ist, stellt allererst eine Erscheinung der neuesten Jahre dar. Auch früher wurden diese dünnen Strümpfe bei feierlichen Gelegenheiten oder von auserwählten Modedamen getragen, aber ihre allgemeine Verbreitung hat eigentlich erst mit dem fortschreitenden Kriege eingesetzt und nach seinem Abschluß sich Weltgeltung errungen. Im Vorjahre, wo auch schon kurze Röcke zu den dünnen Strümpfen hinzugekommen waren, hatten wir wenigstens einen milden Winter.

Erst jetzt treffen die drei Dinge zusammen und können sich auswirken. Die Folge ist das Auftreten von Erfrierungen der geschilderten bedenklichen und langsam heilenden Art in der Gegend oberhalb der Schuhe, oberhalb der Knöchel und am unteren Teile der Wade. Es handelt sich hier um Krankheitsbilder, wie man sie früher nicht oder nur in Ausnahmefällen zu Gesicht bekommen hat.

Der Heldenmut vieler Frauen in bezug auf das Ertragen von Schmerzen — der Mode halber — ist erstaunlich groß. Eine Frau, die man angesichts der Kälte fragt, ob sie mit den dünnen, nicht durch einen Rock geschützten Strümpfen nicht friere, wird ernsthaft und — überzeugt antworten, es sei ihr sogar sehr warm. Und wenn eine der geschilderten Erfrierungen eingetreten ist, dann wird sie allem möglichen unglücklichen Zusammentreffen die Schuld geben, nur nicht ihren dünnen Strümpfen und dem kurzen Rock. Freiwillig werden hier Leiden und Wunden ertragen, wie man sie kaum im sogenannten dunklen Mittelalter bei Gelegenheit der Tortur den als „Hexen" verschrienen Frauen zugefügt hat, um irgendein Geständnis aus ihnen herauszupressen.

Wer Augen hat, der sehe! Und wer denken kann, der lerne! Lange Nutzanwendung erübrigt sich. Sie ergibt sich von selbst. Sie heißt aber nicht: beten, daß das Wetter wärmer werde.

Und doch braucht einem um das Schicksal der Fabrikanten dünner Strümpfe nicht bange zu sein!

Die Phantasie des Kindes.

Glücklicherweise ist man in letzter Zeit mehr und mehr davon abgekommen, auf die Zeugnisaussagen von Kindern allzu großes Gewicht zu legen. Es gab allerdings eine Zeit, in der man wußte, das unverdorbene Kind könne im Ernstfalle bei einem Verhör ganz gewiß nichts anderes als die reine Wahrheit sagen, und eine von Kindermund ausgesprochene Anklage müsse auf Wahrheit beruhen. Psychologische Beobachtungen haben aber ergeben, daß dies nur sehr selten der Fall ist. Und niemand kann es besser wissen, wie leicht die kindliche Phantasie beeinflußt wird, als der Lehrer. Stellt ein Kind irgendeine Behauptung auf, so findet es zu der von ihm erzählten Tatsache unter den Klassengenossen sogleich eine ganze Zahl von Zeugen, welche eifrig und mit Bestimmtheit versichern, das Erzählte auch gehört und gesehen, den fehlenden Schüler, von dem vielleicht die Rede ist, selbst getroffen und gesprochen zu haben. Und nachher stellt sich oft die Unwahrheit der ganzen Behauptung klar genug heraus, ohne daß man hier von einem eigentlichen bewußten Lügen sprechen dürfte. Am häufigsten findet sich die Neigung zum „Flunkern" und „Phantasieren" bei geistig regsamen oder frühreifen Kindern, oder solchen, die sich der geschlechtlichen Reifezeit nähern; besonders, wenn solche Gelegenheit haben, Berichte von Tageszeitungen, Verbrechen, romantische Vorgänge zu lesen. Man darf wohl mit Gewißheit annehmen, daß die oft ungeheuerlichen Anklagen, welche Kinder gegen Lehrer, Eltern, Verwandte oder fremde erwachsene Personen zuweilen vorbringen, besonders, wenn die das sittliche Gebiet streifen, stark übertrieben, wenn nicht völlig frei erfunden sind, und man sollte all solchen möglichst skeptisch gegenüberstehen. Halb und ganz Unverstandenes erzeugt in den kindlichen Köpfen oft die seltsamsten Vorstellungen, und die für wahr genommene, aber erfundene und aufgebauschte Zeugnisaussage oder Anklage eines Kindes kann oft das Lebensglück einer ganzen Familie in Trümmer stürzen. Besser doch noch, einen Schuldigen straflos ausgehen zu lassen, als einen Unschuldigen in unverdiente Schande zu bringen.

Kleinkinder-Gesundheitspflege.

Kinderbäder, wie sie sein sollen. Wie sollen die Kinder gebadet werden, damit sie möglichsten Vorteil davon haben? so fragte sich schon manche Mutter. Nun, ich weiß, daß auch viele andere darüber im Zweifel sind, ob das Kind erst geseift werden und dann im Wasser pantschen soll oder umgekehrt. Ich habe gefunden, daß es richtiger ist, zunächst den Körper fünf bis sechs Minuten mit dem leicht mit Borax versetzten Wasser umspülen zu lassen und ihn dann kräftig blitzschnell abzuseifen.

Kleinkinder mit schwachem Rücken. Wenn es auch durchaus nicht notwendig ist, den Säugling allzu früh zum Aufrichten und Sitzen anzuhalten, so sollte doch jede Mutter ihr Augenmerk darauf richten, ob es den Trieb danach zeigt. Ein kräftiges Kind wird immer wieder den Versuch dazu machen, während ein schwächliches meist vornüber fällt. Das Letztere ist nun auf leichte Weise nach und nach im Rücken zu kräftigen, wenn es recht viel auf dicker, wollener Decke auf den Bauch gelegt wird; auf diese Weise stärkt es bei jeder Bewegung, bei jedem Hochheben des Köpfchens selbst das Rückgrat, weil dieses durch diese unfreiwillige Gymnastik immer wieder gedehnt und gestreckt und dadurch besser durchblutet und gekräftigt wird.

Wann Kinder die zweiten Zähne bekommen, ist den meisten Müttern nicht recht klar. Da sie im Gegensatz zu den ersten, die zumeist mit vielen Schmerzen oder in Begleitung von Krankheiten erscheinen, vollständig schmerzlos zum Vorschein kommen. Wenn die ersten Zähne ausgefallen sind, so vollzieht sich der Zahnwechsel bei manchen Kindern von der Mutter vollständig unbemerkt. Davon kommen aber auch die oft sich zeigenden Unregelmäßigkeiten am zweiten Gebiß: schlechte Zahnstellung, Bildung von Doppelzähnen usw., die unter Eingriff des Arztes gleich bei ihrem Entstehen vollständig zu beseitigen sind. Wenn aber die Eltern stets dessen eingedenk sind, daß von der Regelmäßigkeit des zweiten Gebisses im wesentlichen die Gesundheit eines Menschen abhängt, dann werden sie im Interesse des Kindes dem Zahnwechsel, also dem Erscheinen der zweiten Zähne im siebenten Lebensjahre, ständige Aufmerksamkeit schenken, um, wenn es notwendig ist, sofort den Arzt zu Rate zu ziehen.

Der Bau des kindlichen Fußes. (Das Gehenlernen des Kindes.) Vielfach verbreitet ist noch die Irrlehre, als ob die Kinder mit einem Plattfuße geboren werden, der sich erst später zu dem gewölbten Fuße des Erwachsenen umforme. Diese Anschauung ist nicht richtig; vielmehr besitzt schon das Neugeborene dasselbe hochgespannte Fußgewölbe wie der Erwachsene. Beim Gehenlernen treten allerdings Senkungen des Fußgewölbes auf, die aber niemals zu Abflachungen der Füße führen. Ist jedoch das Mißverhältnis zwischen Tragkraft des Fußes und dem Körpergewicht sehr groß, so können Formveränderungen des kindlichen Fußes entstehen, und es sollten daher die Anpassungen des Muskelapparates an die Last allmählich erfolgen. Das beste Mittel hierzu ist das Kriechen der Kinder. Diese Periode darf dem Kinde nicht verkürzt werden, vielmehr soll man den Beinen und der Fußmuskulatur desselben freies Spiel gewähren und es seinen eigenen Neigungen überlassen. Das Barfußgehen oder das Anlegen von leichten Sandalen erweist sich dabei als sehr förderlich. Unter keinen Umständen soll man die Kinder zu früh zum Aufstellen auf die Beine anhalten, sondern das ihrem eigenen Instinkt überlassen. Gehkörbe und Laufwagen sind überflüssig, dagegen ist es zweckmäßig, Kinder, wenn sie einmal in der Lage sind, ordentlich zu sitzen und sich durch Bewegung auf allen Vieren auf dem Boden etwas fortzuschleppen, mit festen, wandartigen Gegenständen zu umgeben, an welche sich das Kind leicht anklammern kann. Auch die sogenannten Gehbarrieren sind hier recht brauchbar.

Zimmerpflanzen.

Zur Düngung unserer Zimmerpflanzen empfiehlt es sich, künstlichen Blumendünger schon aus Rücksicht auf die Geruchsnerven zu verwenden, den man entweder auf die Topferde streut oder den Pflanzen, im Wasser gelöst, beim Gießen zuführt. In beiden Fällen übe man die Vorsicht, kleine Mengen zu nehmen: Dünge Topfblumen lieber öfter und schwach, als kräftig und seltener! Auch dürfen nur die in Vegetation befindlichen, namentlich knospentragenden oder blühenden Pflanzen gedüngt werden, nicht aber ruhende Topfpflanzen, denen die Düngung schaden kann.

Kalla, die im Winter blühen sollen, müssen etwa Anfang November ins Wohnzimmer gebracht werden, wo man sie an einem geeigneten Fenster aufstellt. Am vorteilhaftesten wirkt eine Temperatur von 8 bis 10 Grad Celsius auf die Pflanzen; in wärmeren Räumen verlaufen die Kalla oft derart, daß die Blüten in der Hülle verkümmern. Man sollte deshalb, wenn das Auftreten von Blattläusen bemerkt wird, sofort Insektenpulver auf die Blätter und in die Blütentuten streuen. Nach der Blüte vergilben die Blätter, und dann beginnt die Ruhezeit für diese Pflanzen, die nunmehr allmählich immer trockener gehalten werden. Die Töpfe können im Zimmer bleiben und kommen erst im August wieder in das Freie.

Zimmerlinden verlangen eine kräftige Erde, im Sommer reichliches Gießen und allwöchentlich einen Dungguß, der aus im Wasser vergorenem Kuh-, Geflügel- oder Kaninchendünger bestehen kann; eine entsprechende Verdünnung ist zu beachten. Die Vermehrung der Zimmerlinden geschieht durch Stecklinge im März bis April unter Glasbedeckung. Erfolgt im Juli ein Rückschnitt, so erzieht man sich schöne buschige Exemplare, die im Herbst und Winter blühen. Im Sommer können die Zimmerlinden ebensogut im Freien oder auf dem Balkon wie im Zimmer aufgestellt werden. Im Winter kann man sie je nach Belieben im kühlen Zimmer bei 2 bis 3 Grad Reaumur und ganz schwachem Gießen halten, wo sie allerdings meist die Blätter verlieren, um im Frühling wieder frisch auszutreiben, oder im Wohnzimmer auf hellem Fensterplatz. Der Laubabfall tritt auch in letzterem Falle ein, wenn man die Zimmerlinde zu lange im Freien stehen ließ bei schon kühler werdenden Nächten und infolgedessen jetzt eintretendem schroffem Temperaturunterschied des neuen Standortes. Erstere Behandlung führt man vorzugsweise bei den sich baumartig entwickelnden Exemplaren aus, während man die jüngeren, kleineren Exemplare im Zimmer behält. Da die Zimmerlinden schnell wachsen, ist ein öfteres Verpflanzen in größere Töpfe und Verwendung neuer Erde nötig.

Praktisches.

Wie Federbetten im Winter nicht behandelt werden dürfen. „Ich friere so sehr, daß ich kaum noch in den Betten warm werde," so hört man nicht selten von nervöse, blutarmen oder auch geistig überanstrengten Menschen sprechen. Die Ursache der Nichterwärmung im Bett liegt aber vielfach in der Beschaffenheit desselben allein. In den meist nicht geheizten Schlafzimmern trocknen die während des Schlafens erwärmten und durch Ausdünstungen der Haut oft ganz erheblich feucht gewordenen Betten nicht aus. Die Folge ist für den Schläfer ein immerwährendes Frösteln im Bett. Da der Körper bekanntlich im Schlaf in gesteigertem Maße Wärme abgibt, entsteht im kalten Bett eine gewisse Feuchtigkeit, die sich dem Schläfer mehr oder weniger bemerkbar macht und seinen Schlaf, ebenso wie seine gründliche Durchwärmung, beeinträchtigt, ja oft sogar behindert. Es ist deshalb unbedingt notwendig, die Betten morgens nach dem Aufstehen weit zurückgeschlagen auslüften zu lassen, nach dem Ordnen aber auch während des Winters keineswegs im ungeheizten Raume noch mit schweren Bettdecken zu verhüllen, wodurch zurückgebliebene Feuchtigkeit am Verdunsten verhindert würde. Dann aber sollten in regelmäßigen Abständen die Federbetten aus ungeheizten Schlafzimmern gründlich in warmen Räumen ausgetrocknet werden. Auf dem erhöht aufgelegten Bügelbrett oder zwei in der Nähe des Ofens mit den Lehnen gegeneinander aufgestellten Stühlen kann das am leichtesten geschehen, um der Zimmerwärme Gelegenheit zum Austrocknen und damit gleichzeitig auch zum Auflockern feuchter und dadurch klumpig und schwer gewordener Betten zu geben.

Um an Holz beim Feueranmachen zu sparen, sollte man der letzten Glut im Küchenofen stets einige, in mehrfaches Papier gewickelte Preßkohlen oder eine Tüte voll Kohlenabfälle auflegen, doch so, daß die Asche nicht durch den Rost geschürt wird, wodurch neuer Zug entstehen und die neue Kohle schneller verbrennen würde. Bei festverschlossener Tür findet man dann am Morgen noch so reichlich Glut, um auch die Zimmeröfen ohne Holz noch damit anfeuern zu können.

Messinggegenstände „goldklar" zu putzen. Man wäscht sie zuvor mit weichem Leinenlappen und warmem Essigwasser ab und reibt sie dann nur mit Wiener Putzkalk nach. Der auf diese Weise erzielte Glanz ist von längerer Dauer.

Selbstherzustellender Universalleim für den Haushalt. Sechs bis acht Blatt farblose Gelatine zerschneidet man mit der Schere, füllt sie in eine verschließbare Glasbüchse und gießt einen halben Liter Essig darüber. In ein Wasserbad gestellt, wird der Inhalt so lange erhitzt, bis sich die Gelatine vollständig aufgelöst hat. Er eignet sich nicht nur zum Aufkleben von Etiketten, sondern auch vorzüglich zum Leimen von allerlei Gegenständen, ja selbst zum Kitten von Porzellan und Glas.

Hauptschriftleitung Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer.
Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.